

dynaklim-Publikation



Uta von Winterfeld

Partizipieren reicht nicht

Klimawandel und demokratische Kultur

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



PARTIZIPIEREN REICHT NICHT

Klimawandel und demokratische Kultur

Uta von Winterfeld

dynaklim-Publikation Nr. 32 / Dezember 2012



Diskussionspapier

Einleitend werden zunächst Spannungsfelder zwischen Demokratie, Governance und regionaler Anpassung an den Klimawandel skizziert. Das zweite Kapitel handelt von Anspruch und Wirklichkeit partizipativer Governance und davon, welche Herausforderungen sich daraus im Kontext regionaler Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergeben. Das dritte Kapitel ist empirisch angelegt. Hier kommen betroffene und engagierte Menschen zu Wort und das Verhältnis zwischen Bürger*innen und Verwaltungen wird thematisiert. Im schlussfolgernden Kapitel werden Ansatzpunkte einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels formuliert.

Schlagworte (im *dynaklim*-Wiki)

Demokratie, Klimawandel, Partizipation

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|----|
| 1 | Einleitung | 2 |
| 2 | Partizipative Governance zwischen Anspruch und Wirklichkeit..... | 5 |
| 2.1 | Wem nutzt und was bewirkt Governance? | 5 |
| 2.2 | Was heißt Partizipation – und zu welchem Ende partizipieren wir? | 6 |
| 2.3 | Governance, Partizipation und Demokratie | 8 |
| 2.4 | Beteiligungslandschaften im Klimaregime..... | 9 |
| 2.5 | Herausforderungen partizipativer Governance im Kontext regionaler Anpassung an die Folgen des Klimawandels | 11 |
| 3 | Bürgerinnen und Bürger suchen Verwaltung Widerstand und Betroffenheit im Kontext des Klimawandels | 14 |
| 3.1 | Es sind Lernprozesse, die aus existenziellen Krisen- und Zerstörungserfahrungen heraus entstehen Im Gespräch mit Thomas Kahlix, Bürgerinitiative Hochwasser Altgemeinde Rodenkirchen e.V. | 15 |
| | Wann und weshalb diese Initiativen entstanden ist | 16 |
| | Individuelle partizipative Lernprozesse..... | 16 |
| | Institutionelle Lernprozesse | 17 |
| | Die Beziehung der Bürger*inneninitiative zur formalen Politik..... | 18 |
| | Was die Hochwasserschutzinitiative bewirken konnte..... | 18 |
| | Partizipation – oder neue informelle Hierarchien?..... | 19 |
| 3.2 | Das Wasser kommt Im Gespräch mit Jutta und Gernot Schelkmann, betroffene Bürgerin und betroffener Bürger in Dortmund Wellinghofen | 19 |
| | Am 26. Juli 2008 | 19 |
| | Nach dem 26. Juli 2008 | 20 |
| | Hochwasser, Partizipation und Gegenseitige Hilfe | 20 |
| | Individuelle Lerneffekte | 21 |
| | Institutionelle Lerneffekte..... | 22 |
| | Die Bürgerin, der Bürger und die formale Politik..... | 22 |
| 3.3 | Streit um den Romberger Wald Ein Wahrnehmungsspaziergang im Lippegebiet mit Silvia Lippert, ehrenamtliche BUND-Mitarbeiterin in Bergkamen | 22 |
| | Im Romberger Wald | 23 |
| | An der Lippe | 25 |
| 3.4 | Resümee..... | 27 |
| 4 | Schluss: Ansatzpunkte einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels | 29 |
| | LITERATURVERZEICHNIS..... | 32 |

1 Einleitung

„Governance“ und „Partizipation“ sind zentrale Begriffe in den Debatten zum Klimawandel und zu politischem Handeln. Sei es, weil komplexe Probleme in ausdifferenzierten Gesellschaften nur über neue politische und institutionelle Arrangements lösbar erscheinen. Oder sei es, weil damit die Hoffnung verbunden ist, es möge mit „Governance“ und „Partizipation“ bei aller anstehenden und notwendigen Problembewältigung irgendwie demokratischer zugehen.

Die aktuellen Diskussionen zur Anpassung an den Klimawandel sind jedoch von einer Ambivalenz durchzogen. Einerseits wird das Marktmoment betont. Der regionale Wettbewerb soll gestärkt und der Klimawandel soll als Chance für die Wirtschaft – insbesondere die exportorientierte Branche der Umwelttechnologien – begriffen werden. Andererseits wird hervorgehoben, dass Akteurinnen und Akteure verschiedener gesellschaftlicher Bereiche an einem regionalen Governanceprozess beteiligt werden sollen. Regionale Netzwerke sollen gebildet und der Dialog mit „Stakeholdern“ soll geführt werden.

Doch das Spannungsfeld von Demokratie (mit dem Anspruch, Macht zu dezentralisieren) und Markt (hier herrscht das Gebot der Effizienz) zieht sich durch Governanceprozesse hindurch: Während sie einerseits ein Gelegenheitsfenster für neue Aushandlungsprozesse zwischen auch neuen Akteurinnen und Akteuren darstellen, bedeuten sie andererseits und zunehmend eine Ökonomisierung des Politischen bzw. eine stärkere Ausrichtung politischer Maßnahmen an ökonomischen Zielen (siehe auch Walk 2008, S. 35). Und im Unterschied zum Government wohnt der Governance keinerlei Gemeinwohlverpflichtung inne. Daher stehen regionale Anpassungsprozesse vor unterschiedlichen politischen Herausforderungen. Auf der Ebene des Government ist beispielsweise eine Abwägung zwischen Gleichbehandlungsgebot und unterschiedlichen Betroffenheiten und Verletzlichkeiten (je nach Wohn- und Arbeitsortlage oder auch altersabhängig bei Hitzeperioden) erforderlich. Auf der Ebene der Governance ist es insbesondere die symmetrische Einbindung privatwirtschaftlicher (z.B. im Hinblick auf den Investitionsstau beim Kanalnetz) und zivilgesellschaftlicher (z.B. im Hinblick auf die Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen) Akteure und Akteurinnen (siehe auch Winterfeld; Schüle 2010).

Die Aufgabe der Bildung und Ertüchtigung regionaler Netzwerke zur Anpassung an den Klimawandel verbindet die sieben vom BMBF geförderten KLIMZUG - Verbundprojekte, zu denen das *dynaklim*-Projekt (Dynamische Anpassung an den Klimawandel in der Emscher-Lippe-Region) gehört. Sie alle sind mit Fragen und Herausforderungen konfrontiert, die in den Themenkomplex „regionale“ und/oder „Netzwerk- Governance“ fallen. So sei für Regionen die Integration von Klimaanpassung in unterschiedliche Politikfelder und Governanceregime methodisch nur als interaktiver Prozess von Netzwerkpartnern vorstellbar (Liesenfeld 2011, S. 45). In diesem Zusammenhang bildet das Roadmap-Verfahren einen neuartigen Ansatz in der Regionalentwicklung. Der Ansatz könne jedoch nur integriert mit anderen Themen, Prozessen und Initiativen und nicht zuletzt mit anderen Transformationsprozessen (z.B. im Kontext des demografischen Wandels) entwickelt werden. Im Hintergrund stehe daher ein Verständnis von Anpassung als umfassender gesellschaftlicher (regionaler) Wandlungsprozess, der gestaltet werden kann und muss (Rauscher; Birke; Schwarz 2011, S. 103).

Für diesen Gestaltungsprozess werden Erkenntnisse der interdisziplinären Governance-Forschung herangezogen und für den praktischen Prozess der Etablierung eines regionalen Kooperationsnetzwerks fruchtbar gemacht. Insofern habe Governance neben der deskriptiven auch eine normative Komponente (Frank; Cormont 2011, S. 3). Zugleich aber könne Governance auch als kritisches analytisches Konzept verstanden und genutzt werden, das den Blick auf die Prozesse der Steuerung und Koordination komplexer Prozesse in komplexen Strukturen richte und institutionelle Kontexte, deren Wandel sowie Aspekte von Macht und Legitimation berücksichtige (ebenda). Insofern könne das analytische Konzept Governance einen wertvollen Beitrag zur (selbst-) kritischen Analyse und Reflexion der KLIMZUG-Praxis leisten (ebenda).

Hier knüpft das Paper an. Denn in den Debatten und Netzwerkprozessen fehlt allzu häufig eine kritische Reflexion *demokratischer* Risiken wie auch der Probleme von Macht und Legitimation. Demokratische Kultur und Politik des Klimawandels werden im Mainstream der Debatte oft von einem katastrophischen Framing und von technokratischen Lösungsansätzen überlagert. Beispielsweise fordern Extremwetterereignisse schnelles Handeln, Aushandlungsprozesse brauchen hingegen Zeit. Auch lassen sich technologische Lösungen wie Dämme oder wassersparende Beregnungsanlagen scheinbar leichter umsetzen als sozial-ökologische Lösungen, die von Politik und Gesellschaft andere Denk- und Handlungsweisen erfordern.

Es geht jedoch nicht nur um demokratische Kultur angesichts erschwerter äußerer Bedingungen, sondern es geht auch darum, dass der Klimawandel Gefahren für Politik und Demokratie selbst darstellt: Notfallpläne und Sicherheitsvorkehrungen können in der Summe dazu führen, dass vom Ausnahmezustand her regiert wird. Der italienische Philosoph und Jurist Giorgio Agamben hat in einer aufrüttelnden Studie nachgezeichnet, dass der Ausnahmezustand (als „provisorische“ Suspendierung des Rechtssystems zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Krisensituationen) mehr und mehr zum gängigen Muster staatlicher Praxis wird (Agamben 2004). Damit werden parlamentarische Republiken *gouvernemental*. Der Staat bleibt bestehen, doch das Recht tritt zurück; die Legislativgewalt wird von der Exekutivgewalt ganz oder teilweise absorbiert. Die gültige Ordnung wird suspendiert, damit ihr Bestehen gesichert wird.

Diese demokratiethoretisch wie demokratiopraktisch alarmierende Tendenz, den Ausnahmezustand als „Normalfall“ in das Regierungshandeln einfließen zu lassen, kann sich durch klimawandelbedingte Extremereignisse und Krisensituationen weiter verstärken und verfestigen. Dies steht jedoch dem Anspruch, physische und soziale Wandlungsprozesse *demokratisch* zu gestalten, diametral entgegen. Deshalb sind mittel- und langfristige Anpassungsprozesse, sind Maßnahmenwahl und Strategiegestaltung daraufhin zu überprüfen, ob und wie sie diesem potenziellen Demokratiedefizit entgegenwirken können.

Daher liegt der *theoretische* Ausgangspunkt des Papers in der kritischen Reflexion partizipativer Governance zwischen Anspruch und Wirklichkeit (siehe Kapitel 2). Im Kontext von Netzwerkbildung ist zu fragen: Wie ist das Verhältnis regionaler Governanceprozesse zur formalen Politik? Wer kann sich im Netzwerk mit welchen Anliegen Gehör verschaffen – und wer nicht? Welche Stakeholder werden beteiligt – und welche Stimmen werden überhört? Die theoretischen Reflexionen sollen zum einen für Probleme von Netzwerken und Netzwerkbildungen sensibilisieren und zum anderen zeigen, dass diese Probleme nicht nur einzelne Netzwerke betreffen, sondern auch strukturellen und übergreifenden Charakter haben.

Das empirische Anliegen des Papers liegt darin, Stimmen zu Gehör zu bringen, die teils nicht gerne gehört und mitunter gerne überhört werden. Schon die beiden Zukunftswshops des erwähnten *dynaklim*-Projekts haben gezeigt, dass die Geschichte der Anpassung an den Klimawandel anders erzählt werden kann, wenn Stimmen aus der Zivilgesellschaft laut werden und Gestalt annehmen. Auf zwei in 2010 veranstalteten Zukunftswshops zu Szenarien und Leitbildern¹ wurde deutlich, dass die Anpassungsdebatte als zu defensiv angesehen wird. Auch Politik bleibe defensiv, wenn sie keine gesellschaftliche Vision habe. Es sei dann eine sich an aktuellen Ereignissen und Zwängen verbrauchende Politik. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftswshops wollen nicht nur reagieren und sich anpassen, sondern sie wollen mit gestalten. Und Anpassung an den Klimawandel ohne Klimaschutz sei nicht möglich. Auch gehe es eher um Nachhaltigkeit als um Klimawandel, eher um gutes Leben als um Gefahrenabwehr, eher um demokratische Kultur als um politische Maßnah-

¹ Uta v. Winterfeld in Zusammenarbeit mit Sarah Gasser und Klaus Reuter: So wollen wir Leben! Erzählte Szenarien und ein Leitbild. Dokumentation der Zukunftswshops. Download unter <http://www.dynaklim.de/dynaklim/index/dynaklim/netzwerk/gesellschaft.html>

men. Die Teilnehmenden zeigen sich hoch motiviert – und sie erwarten eine hoch motivierte Politik. Politik, die weniger „verwaltet“ und mehr von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird.

Die beiden Zukunftswerkshops sind ein Hintergrund für die Wahl des Titels „Partizipieren reicht nicht...“. Den anderen Hintergrund bildet ein Festvortrag von Klaus Töpfer anlässlich der Zwanzigjahrfeier des Wuppertal Institutes. Eigentlich, so sinniert er laut während seiner Ausführungen, eigentlich sei das gar keine Partizipation – sondern es sei Mitgestaltung. Wenn aber soziale und ökologische Veränderungsprozesse mitgestaltet werden, so ist die Frage von demokratischer Kultur erneut und vehement aufgeworfen. Denn gestalten bedeutet auch, Macht zu haben – und so gesehen ist Mitgestaltung zugleich Mitmacht.

Vom Machen und Mitmachen oder auch dem Widerstand gegen das Machen handelt das dritte Kapitel, in dem vier Personen von ihren Erfahrungen im Kontext des Klimawandels und im Kontext von kommunaler Verwaltung und Politik erzählen.

Welche Erfahrungen machen engagierte Bürgerinnen und Bürger, wenn sie *nicht* als „Stakeholder“ ausgewählt worden sind, sondern von sich aus mit ihren Anliegen zum Hochwasserschutz wahr- und ernstgenommen werden wollen? Hiervon handelt die erste „Erzählung“.

Wie wird ein „Extremereignis“ erlebt? Was sind die Folgen? Welche Maßnahmen ergreifen eine einzelne Bürgerin und ein einzelner Bürger? Was erwarten sie von anderen und was von der Politik? Dies ist Thema der zweiten „Erzählung“.

Die dritte „Erzählung“ handelt davon, was passiert, wenn eine NGO Widerstand gegen ein von der kommunalen Politik gebilligtes Investitionsvorhaben leistet. Hier zeigt sich eine Lücke oder ein blinder Fleck, den auch die Governance- und Partizipationsforschung benennt: Während einerseits die Bedeutung neuer Aushandlungsprozesse und partizipativer Verfahren in der politischen Debatte betont wird – tun sich Politik und Verwaltung andererseits schwer damit, Impulse aus politischen Protesten aufzugreifen.

Damit findet die theoretisch inspirierte Kritik an Governance- und Partizipationsprozessen und -verfahren einen Widerhall in der „Wirklichkeit“. Dennoch ist das Verhältnis von Theorie und Praxis nicht einfach als analog anzusehen, denn ein Blick in die „wirkliche Welt“ birgt auch Überraschungen und bringt Neues zutage. Daher werden im abschließenden 4. Kapitel aus theoretischen und empirischen Befunden Aussagen zu Ansatzpunkten einer demokratischen Kultur des Klimawandels abgeleitet.

2 Partizipative Governance zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die mit der Umweltkrise einhergehenden, großen historischen Herausforderungen können ohne die „echte“ Beteiligung aller sozialen Gruppen nicht bewältigt werden – so eine wesentliche Erkenntnis der Konferenz der vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 (BMU o.J., S. 217). In der auf der Konferenz beschlossenen Agenda 21 wird Beteiligung in Teil III ausführlich und umfassend erörtert. Seitdem wird Partizipation *groß* geschrieben – doch sie wird, wie Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte in der Klimapolitik zeigen, *klein* gehandelt.

Eine Ursache liegt in den Globalisierungs- und damit verbundenen Privatisierungsprozessen, mit denen zugleich schleichende Entdemokratisierung einhergeht (Roth 2005). Öffentliche Unternehmen werden privatisiert, staatliche Bürokratien schrumpfen und staatliche Regulierungen für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen gehen zurück. Die sozial- und arbeitsmarktpolitische Reaktion auf diese Restrukturierung des politischen Raumes ist überwiegend restriktiv: Sozialleistungen werden abgebaut, Zugangsbeschränkungen erhöht und Bezugsdauern gekürzt. So haben Gerhard Schröder und Tony Blair 1999 die Agenda 21 zur Agenda 2010 umgeschrieben² und den Wohlfahrtsstaat (welfare state) zum Arbeitsstaat transformiert (wobei mit „workfare“ zugleich ein neues Wort erfunden worden ist). Bürgerinnen und Bürger sollen in dieser neuen Konstellation effizient, flexibel und an ökonomischer Rationalität orientiert handeln. Gleichzeitig sollen sie solidarisch und verantwortlich zur Gemeinschaft stehen. Die Proklamation einer Bürgergesellschaft bei Vernachlässigung sozialstaatlicher Aufgaben lässt jedoch keine Regierungsmotivation im Sinne Demokratie fördernder Maßnahmen vermuten (Walk 2008, S. 20).

Eine weitere Crux von Partizipation liegt Peter Somerville zufolge darin, dass Bürgerinnen und Bürger nur innerhalb der von Government gesetzten regulatorischen Rahmenbedingungen an Governance-Arrangements partizipieren können³. Sie haben damit kaum die Möglichkeit eigener Regie und Mitgestaltung. Hinzu kommt, dass die Prioritätensetzung beim Klimaschutz anders erfolgt ist: Hohe Ausgaben für die Erforschung von CO₂-Filteranlagen und die Einlagerung von CO₂ sowie einer immensen Bürokratie und Regelungsdichte beim Emissionshandel stehen verschwindend geringe Ausgaben für gezielte Informationskampagnen über klimaschützende Aktivitäten gegenüber (Walk 2008, S. 24). Entsprechend konnten Einflussmöglichkeiten im Sinne einer erweiterten Mitbestimmung an Entscheidungsprozessen durch Beteiligungsprojekte im Klimaschutz nicht ausgebaut werden (ebenda, S. 26). Mögliche Ursachen hierfür werden in den folgenden Abschnitten zu Governance, Partizipation und Demokratie vertieft.

2.1 Wem nutzt und was bewirkt Governance?

Regionale Governance ist Ausdruck dafür, dass regionale Kooperation und Partizipation wichtiger geworden sind. So erfordern beispielsweise Strategien zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Wasserbereich eine überkommunale Zusammenarbeit, denn Flüsse durchfließen verschiedene Kommunen und Regierungsbezirke. Regionale Governance steht aber auch für den Rückzug des Staates aus regionaler Strukturpolitik und Versuche der Mobilisierung von Selbsthilfekräften. Dabei können sich Strukturen herausbilden, die unter demokratischen Aspekten bedenklich sind. Zum einen, weil der Staat Aufgaben an privatwirtschaftliche Akteure delegiert. Dies geschieht häufig auf Kosten von Transparenz und Mitspracherechten, wie die heftigen Auseinandersetzungen um die Berliner Wasserbetriebe gezeigt haben. Erfolgt diese Delegation an Bürgerinnen und Bürger bzw. an private Haushalte, so sehen sich diese einerseits mit wachsenden Aufgaben und Handlungsnotwen-

² Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999) http://www.robert-zion.de/downloads/Schroeder_Blair.pdf, letzter Zugriff am 25.4.2011.

³ Governance and Democratic Transformation. Pdf, download unter <http://www.psa.ac.uk/cps/2004/Somerville.pdf>

digkeiten bei andererseits schrumpfenden Ressourcen konfrontiert. Schließlich bergen Governance-Arrangements die Gefahr, dass sich informelle Machtstrukturen herausbilden, die starke Akteure weiter begünstigen und keinem öffentlichen Korrektiv unterliegen.

Lokale Governance kann u.a. als eine Gegenreaktion auf die starke managerielle Ausrichtung interpretiert werden, die mit der Zunahme von „Private Governance“ an Bedeutung gewinnt. Hier sehen sich jedoch Kommunen mit der Herausforderung konfrontiert, dass Einnahmen sinken, Erwartungen an die Qualität öffentlicher Dienstleistungen steigen und das Vertrauen in die Politik schwindet. Hinzu kommt, dass sich das New Public Management zumeist in einseitigen Sparstrategien niedergeschlagen hat, während das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung bzw. zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern vernachlässigt worden ist (Walk 2008, S. 47). Zumeist haben die Verwaltungsleute einen Wissensvorsprung und sind besser vernetzt, so dass Governance-Arrangements durch ein ungleiches Verhältnis konstituiert werden.

Ein zentraler Kritikpunkt an Governance-Konzepten ist demzufolge, dass Machtaspekte bzw. die Asymmetrien der Abhängigkeitsbeziehungen häufig ausgeblendet werden. Damit aber wird zugleich vernachlässigt, inwiefern ressourcenschwache Bevölkerungs- bzw. Akteursgruppen und Interessenvertreter*innen im Governanceprozess mithalten können. Mancur Olson (1965) und Klaus Offe (1972) haben früh auf Tendenzen einer Eliteherrschaft hingewiesen, die in Governance-Arrangements zu beobachten sind. Zwar wird in Governance-Konzepten die Einbeziehung von Stakeholdern bzw. Betroffenen gefordert, der genauere Blick offenbart jedoch, dass schon die Identifizierung von Betroffenen nach transparenten und unstrittigen Kriterien problematisch ist (Walk 2008, S. 68). Auf der empirischen Ebene arbeiten Sonja Wälti, Daniel Kübler und Yannis Papadopoulos in ihrer Analyse der Schweizer Drogenpolitik heraus, dass die Bürgerpartizipation in Governance-Konzepten eingeschränkt werde, was sich negativ auf Mechanismen des Gemeinwohls und der Solidarität auswirke (Wälti, Kübler et al. 2004). Heidrun Abromeit zufolge ist ein zentraler Faktor des Partizipationsdefizits die Inkongruenz von Entscheidungsbetroffenheit und Entscheidungsbeteiligung, die sich vor allem am Auseinanderfallen von territorialen Mitbestimmungsrechten und funktionaler Betroffenheit festmache (Abromeit 2002, S. 11 u. 12).

Somit liegt die Stärke von Governance-Konzepten darin, neue Akteurinnen und Akteure in politische Prozesse einzubeziehen; die damit einhergehende Schwäche liegt in der Begünstigung ohnehin starker Akteure im privatwirtschaftlichen Bereich. Bislang gibt es keine fundierten Aussagen darüber, inwieweit Governance-Ansätze tatsächlich in der Lage sind, die Interessen der „Schwachen“ zu berücksichtigen und sie nicht nur als einen weiteren Stakeholder einzubeziehen (Walk 2008, S. 141). Durch Informalität kann eben gerade jene Ungleichheit erzeugt werden, die mit rechtlichen Festschreibungen versucht wurde abzubauen (Peters und Pierre 2004, S. 89).

Eine weitere Stärke ist, neue Aushandlungsräume jenseits eingefahrener politischer Strukturen zu erschließen; die Schwäche liegt im informellen und teils intransparenten Charakter dieser neuen, demokratisch nicht legitimierten Räume. Daher laufen Governance-Ansätze Gefahr, die Starken zu stärken und dem öffentlichen Raum Themen zu entziehen. Governance-Arrangements könnten zwar potentiell mehr Betroffene einbeziehen und beteiligen – dies geschieht jedoch keinesfalls automatisch und ist derzeit auch nicht der vorherrschende Trend.

2.2 Was heißt Partizipation – und zu welchem Ende partizipieren wir?

Mit dem groß geschriebenen Begriff Partizipation kann sehr Unterschiedliches gemeint sein. Erfolgt die Annäherung an den Beteiligungsbegriff in *legitimatischer* Perspektive, so sollen politische und marktliche Maßnahmen gerechtfertigt werden. Die eigentlichen Aushandlungsprozesse sind dabei zumeist abgeschlossen, Entscheidungen sind getroffen, Pläne fertig gestellt, so dass hier Beteiligung gewissermaßen im Nachhinein stattfinden soll. Ist die Perspektive *repräsentativ* angelegt, so geht es darum, dass die betroffenen sozialen Gruppen am Verhandlungstisch vertreten sind. Hier besteht das genannte Problem, sie nach transparenten Kriterien zu identifizieren. Häufig fällt in diesem Kontext

der Begriff „Stakeholder“. Dieser krankt jedoch daran, dass er zum einen theoretisch wenig eingebettet ist und begrifflich (stake: Einsatz, Anteil, Anspruch; holder: Eigentümerin, Besitzer) aus dem privatwirtschaftlichen Kontext stammt. Wird er verbreitert und auf alle Personen und Gruppen angewandt, die ein Interesse an Verlauf und Ergebnis eines Prozesses haben, so droht er ins Konturlose abzugleiten. Schließlich kann eine dritte Annäherung an den Beteiligungsbegriff in *emanzipatorischer* Perspektive erfolgen. Sie ist eng verknüpft mit sozialem und emanzipativem Lernen, mit dem Erwerb demokratischer Kompetenzen und der Befähigung zur Teilnahme an und Gestaltung von Aushandlungsprozessen.

Im Kontext der Wissensentwicklung und der Organisation von Lernprozessen in sozialen und politischen Bewegungen wird mit verschiedenen Lernstufen (Finger, Bürgin et al. 1996) gearbeitet, wobei v.a. zwischen *Anpassungslernen* und *Veränderungslernen* unterschieden wird. Anpassungslernen bedeutet in dieser Lesart das Ausschöpfen von Verbesserungspotenzialen innerhalb eines gegebenen Bezugsrahmens, d.h. es geht um Verbesserungsmöglichkeiten unter bestehenden Rahmenbedingungen. Veränderungslernen zielt hingegen eher auf das Hinterfragen des bestehenden Bezugsrahmens ab, es beinhaltet ein grundlegendes Umdenken bezüglich der Grundstrukturen und Funktionen von Politik, Ökonomie und Gesellschaft. Zielt das eine auf Verbesserungen, so geht es im anderen um das Ersetzen alter Verhaltensnormen und allgemeiner Werte – bis hin zum *Entlernen*, das mit dem Bewusstwerden einer unerwünschten und nicht länger akzeptierten Situation einhergeht. Allerdings gibt es keine Governanceanalysen, die sich diesem Themenfeld vertiefend widmen bzw. sich mit den Lernprozessen in den neuen Verhandlungssystemen auseinandersetzen. Auch in der Partizipationsliteratur wird die Bedeutung von Lernprozessen vernachlässigt (Walk 2008, S. 115).

Derartige Prozesse spielen jedoch in zivilgesellschaftlicher Perspektive eine bedeutsame Rolle. So haben sich beispielsweise die Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Zukunftswerkshops der „zivilgesellschaftlichen Plattform“⁴ im *dynaklim*-Projekt wie folgt geäußert: Wir wollen uns nicht dem Klimawandel anpassen, sondern wir wollen den Wandel gestalten. Wir brauchen neue Werte und eine gesellschaftliche Veränderung hin zu Nachhaltigkeit. Die Teilnehmenden haben sowohl die Priorität von Klimaschutz (vor Anpassung an den Klimawandel) betont als auch dem Veränderungslernen gegenüber dem Anpassungslernen den Vorzug gegeben⁵.

Viele Studien greifen zwar gesellschaftliche Veränderungspotenziale und eine verstärkte Engagementbereitschaft als Bedingungen für die Durchführung von Partizipationsverfahren auf, diskutieren sie aber in der Regel nicht vertiefend. Hier klafft Heike Walk zufolge eine ganz große Lücke (ebenda). Entsprechend sehen auch Beteiligungswirklichkeiten häufig so aus, dass sich die Beteiligung in erster Linie auf den Einbezug von Stakeholdern auf konsultativer Basis beschränkt. Ziel und Zweck sind die Erhöhung der Problemlösungen und nicht die Gestaltung der Willensbildungsprozesse. Die Gruppen werden einbezogen, wenn ihre Expertise gebraucht wird und sie werden aus Gründen der Konfliktvermeidung bzw. der Kompromissuche auch schnell wieder ausgeschlossen (ebenda, S. 264). Hier klingt an, dass Partizipation nicht mit Blick auf die Partizipierenden geschieht und Partizipationsprozesse instrumentell gemanagt werden: Sei es aus Gründen der Legitimation des eigenen Vorgehens, sei es aus Gründen des Outsourcing öffentlicher Aufgaben bei knappen Ressourcen oder sei es in Erwartung einer effektiven Problemlösung. Die Anpassung an den Klimawandel erfordert jedoch ein hohes Maß an Beteiligung und an demokratischen Kompetenzen, wenn sie nicht zu einer autoritativ-technokratischen Angelegenheit werden soll. Dies stellt die formale Politik und stellt die Verwaltung vor große Herausforderungen, denn bislang privilegierte Akteure (Parteien, Verwaltungsgremien, Parlamente, Verbände etc.) müssten zurückstecken und gewohnte Positionen überdenken. Staatliche Einrichtungen müssten sich öffnen und Bürgerbeteiligung institutionell ge-

⁴ Das *dynaklim*-Projekt hat fünf thematische Plattformen eingerichtet. Die Plattform „Zivilgesellschaft und Partizipation“ hat 2010 mit zwei Zukunftswerkshops zu Szenarien und Leitbildern mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen sowie Betroffenen (Starkregenereignis in Dortmund 2008) begonnen.

⁵ siehe Fußnote 1

fördert werden. Erst dann kann Bürgerinnen und Bürgern ein Handlungsfeld eingeräumt werden, in dem sie eigenständig und folgenreich agieren können.

2.3 Governance, Partizipation und Demokratie

Im Kontext von Governance und Partizipation wird häufig von *deliberativer* Demokratie gesprochen und geschrieben. Gemeint sind neue Aushandlungsformen, die zugleich die lebensweltliche Perspektive in hohem Maße einbeziehen. Denn aus Sicht der Partizipierenden ist Partizipation zum Großteil mit „reproduktionsorientierten“ Interessen verbunden – des Wohnens, der Lebensqualität, der Lebenssicherheit und der Selbstentfaltung. Aufgabe der politischen öffentlichen Sphäre ist in diesem Zusammenhang, Probleme aus der Lebenswelt wahrzunehmen, sie öffentlich zu thematisieren und als Impuls an das politische System weiterzugeben. Diese Öffentlichkeit ist Jürgen Habermas zufolge ein „Warnsystem mit gesellschaftsweit wirksamen Sensoren“ (Habermas 1992, S. 435). Eine Funktion, die sie allerdings nur wahrnehmen kann, wenn sie genügend Informationen erhält. Die Kritik an Governance-Konzepten besteht aus deliberativer Perspektive vor allem darin, dass Themen bzw. Politikbelange der öffentlichen Sphäre entzogen und der Sphäre technokratischer Entscheidungsprozesse übergeben werden (Walk 2008, S. 69). Die damit verbundene Entpolitisierung des Politischen ist zugleich eines der zentralen Themen der Post-Politik-Debatte (s.a. Rancière 2009). Gleichzeitig werden jedoch auch umgekehrt auf europäischer und globaler Ebene „Demokratiedefizite“ identifiziert, denen mit neuen Governance-Formen, mit neuen Akteurs- und Kooperationsbündnissen entgegengewirkt werden soll (ebenda, S. 72/73). Somit werden in demokratischer und demokratietheoretischer Perspektive Governance-Arrangements in Teilen als Problem und in anderen Teilen als Lösung angesehen.

Das Verständnis von Demokratie ist bei vielen demokratietheoretischen Ansätzen weit gespannt und droht in eine gewisse Beliebigkeit abzugleiten. Heidrun Abromeit plädiert deshalb für eine Rückbesinnung auf den Zweck von Demokratie und sieht ihn in der Ermöglichung von Selbstbestimmung. Entsprechend lautet ihre Definition:

„Demokratie ist die Verlängerung der individuellen Selbstbestimmung in den Bereich kollektiver Entscheidungen hinein; sie konkretisiert sich in der Beteiligung der Individuen an den Entscheidungen, von denen sie betroffen, denen sie unterworfen sind.“ (Abromeit 2004, S. 78)

Bislang spielt allerdings die Förderung der hierfür notwendigen demokratischen Kompetenzen bzw. die Förderung demokratischen Kommunikationsverhaltens in der Herausbildung von Governance-Arrangements keine Rolle. Bleiben jedoch vorhandene Entscheidungsstrukturen unangetastet und passen sich die neuen Governance-Arrangements gut in das bestehende politische System ein, so wird eben jener Erneuerungsimpuls verfehlt, der im Kontext der Agenda 21 beabsichtigt war (s.o., S.6).

Heike Walk führt vier Probleme von Governance-Ansätzen an (Walk 2008, S. 118):

- Erstens die Unklarheit über gemeinsame, gesellschaftlich getragene Ziele
- Zweitens das Fehlen einer wirklich breiten Partizipation bei gleichzeitiger Tendenz, geschlossene Expertenzirkel hervorzubringen („autokratische Technokratie“)
- Drittens die Gefahr, dass Governance-Arrangements überstaatliche, machtbasierte Interessengruppen konsolidieren und
- Viertens eine beobachtbare Zunahme von marktorientierten Akteuren, bei gleichzeitiger Abnahme von Akteuren, die solidarische und gesellschaftliche Ziele vertreten

Ein erster Ansatzpunkt für eine partizipative Governance liegt darin, Zielkonflikte zwischen Akteursgruppen offen zu legen. Oft sind Governanceprozesse konsensorientiert, was jedoch dazu führt, dass gesellschaftliche Konflikte verdeckt werden. Beispielsweise wurden im Leitbildworkshop des *dynaklim*-Projektes zwei Dissense in den Bereichen Mobilität und Energie deutlich: Soll jeder Ort

der Metropole Ruhr in 45 Minuten erreichbar sein – oder liegt die Priorität auf verkehrsvermeidenden Stadt- und Raumstrukturen? Soll Energieversorgung mit erneuerbaren Energien zumindest Übergangsweise zentral bis überregional (Sonnenenergie aus der Sahara und Spanien) erfolgen – oder sollen der Energieeinsparung und dezentralen und klimarobusten Strukturen der Vorzug gegeben werden? Solche Dissense sind erhellend und für weitere Aushandlungsprozesse hochgradig relevant.

Ein weiterer Ansatzpunkt partizipativer Governance liegt darin, alle relevanten Gruppen möglichst breit zu beteiligen. Dabei werden Stakeholder identifiziert und Auswahlkriterien für die Beteiligung gekennzeichnet. Damit wirklich neue Beteiligungsprozesse und Governance-Arrangements entstehen können, ist wichtig, Entscheidungsbefugnisse und Machthierarchien zu erkennen. Und bei allem Problemlösungsdruck ist gesellschaftliches Lernen und ist die Förderung demokratischer Prozesse unerlässlich.

2.4 Beteiligungslandschaften im Klimaregime

In vielen Fällen ist Partizipation gesetzlich vorgeschrieben. Während der letzten dreißig Jahre haben sich die dabei eingesetzten Methoden von eher informativen Verfahren und Betroffenenbeteiligung hin zu einer eher kooperierenden Problembearbeitung verändert. Dabei sind die Beteiligungsmodelle vielfältig, allerdings bringen marginalisierte Gruppen und Protestgruppen ihre Interessen nur selten ein. Umgekehrt wird der Bereich des sozialen Engagements, der Gegenseitigkeit und Selbsthilfe häufig ausgeklammert. Eine Folge ist die Überrepräsentanz männlicher Akteure in institutionalisierten Beteiligungsprozessen (Sauer 1994). Auch werden bottom-up gegründete Vereinigungen und Bürger*innengruppen in der Literatur wenig thematisiert und die Notwendigkeit einer emanzipatorischen Funktion wird mit Blick auf Konzepte von Partizipation eher selten diskutiert. Daher bildet eben dieser Bereich den Ausgangspunkt für die Fallbeispiele in Kapitel 3.

Neben den Methoden hat sich auch das Partizipationsverhalten in Deutschland verändert. War es zuvor eher langfristig orientiert und einer bestimmten Organisation oder Vereinigung verpflichtet, ist es heute eher spontan und projektorientiert (Gabriel 1997). Deshalb wird von „Gelegenheitspartizipanten“ gesprochen, die etwa zwei Fünftel der Gruppe der Partizipierenden ausmachen.

Im Mehrebenensystem der Klimapolitik stellt die ebenfalls auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 (UNCED) angenommene und 1994 in Kraft getretene Klimarahmenkonvention eine zentrale Grundlage dar. Das Klimaschutzziel einer „Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration“ ist in Artikel 2 festgehalten. Partizipationsrelevant ist v.a. Artikel 6 zu Bildung, Ausbildung und öffentlichem Bewusstsein. Ziel ist, eine langfristige Änderung der Gewohnheiten der Bevölkerung hinsichtlich klimarelevanter Lebensweisen zu erreichen, u.a. durch die Einbeziehung aller Stakeholder in einen Diskussionsprozess, durch die Einbeziehung der breiten Bevölkerung in Entscheidungsprozesse, durch erhöhtes Bewusstsein und ein besseres Verständnis über den Klimawandel und seine Auswirkungen. Der Artikel 6 hat außerdem das Ziel, die Politik zu unterstützen und Maßnahmen zu entwickeln. Die Aktivitäten sind stark auf Bildung, Information und Wahrnehmung bezogen, hingegen bleibt der Bereich „Public Participation“ verbunden mit dem Ziel des „Popular involvement in decision making process“ vage⁶. Seit 2004 haben vereinzelt Aktivitäten stattgefunden, mit befördert durch ein 2004 vom Bundesumweltministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) herausgegebenes Papier mit dem Titel „Bildungsaktivitäten zum Klimaschutz in Deutschland. Klimaschutz als Thema der Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Als besonders gelungen gilt die vom Klima-Bündnis veranstaltete und vom BMU unterstützte „Klimastaffel“ zur Förderung der Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Fünfzehntausend engagierte Aktivistinnen und Aktivisten haben einen Staffelstab auf einer Strecke von rund viertausend Kilometern

⁶ Siehe Walk 2008, S. 163: Abbildung 4: Die Artikel 6-Aktivitäten. Quelle: Laurence Pollier (2005): UNFCCC, Vortragsmanuskript auf der COP 10 in Montevideo

durch die sechzehn Landeshauptstädte in Deutschland getragen. Auf der dreiundzwanzig Tage währenden Tour waren alle umweltfreundlichen Fortbewegungsmittel erlaubt. Ob zu Fuß, per Fahrrad, per Pferd, Liegerad, Ruderboot oder Solarmobil – Hauptsache klimaschonend. Im Staffelnstab enthalten war die Klimastaffel-Deklaration, die von allen Bundesländern unterschrieben wurde. Außerdem enthielt er ein Botschaftsbuch in vier Bänden: Kommunen, NGOs und Einzelpersonen haben über einhundertdreißig Erklärungen, Wünsche und Vorschläge zum Klimaschutz verfasst.

In Artikel 6 der Klimarahmenkonvention wurde die Einrichtung eines nationalen Focal Points für Artikel 6 Aktivitäten gefordert und wurde in der Folge die Bildung von Informationsstellen (Clearing House) vorangetrieben. Clearing House und National Focal Points garantieren jedoch keine stärkere Verankerung des Themas im Prozess selbst. In Deutschland gibt es kein strategisches Konzept zu Artikel 6 (Walk 2008, S. 170). Vielmehr wird der Artikel oft vernachlässigt und für stark vom Klimawandel betroffene Gruppen gibt es keine besonderen ‚Rechte‘ oder Entscheidungskompetenzen im Rahmenplan des Verfahrens (ebenda, S. 132).

Eine weitere Grundlage ist das internationale Übereinkommen von Aarhus, die 2001 in Kraft getretene Aarhus-Konvention. Sie regelt den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten⁷. Die Aarhus-Konvention ist der bislang einzige völkerrechtliche Vertrag, der der Zivilgesellschaft eine Hauptrolle beim Umweltschutz zuweist (Walk 2008, S. 158).

Ein wichtiges Dokument auf europäischer Ebene ist das von der EU-Kommission herausgegebene und 2001 veröffentlichte Weißbuch zur europäischen Governance. Partizipation ist einer der Schlüsselbegriffe und wird als eines der fünf Hauptprinzipien von „good governance“ formuliert. Zugleich strebt die Kommission die Berücksichtigung aller regionalen und lokalen Erfahrungen bei der Politikgestaltung und eine Einbindung der Zivilgesellschaft an. Allerdings bleiben die Ausführungen und Übertragungen auf EU-Ebene seltsam vage und oberflächlich bzw. auf organisierte Gruppen begrenzt. Daher interpretiert Paul Magnette die Vorschläge des Weißbuchs „designed only to stimulate the involvement of active citizens and groups in some precise procedures and not to enhance the general level of civic consciousness and participation“ (Magnette 2003, S. 148).

Die nationale Ebene betreffend kann Klimapolitik als Querschnittsaufgabe der Verwaltung beschrieben werden, wobei dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine zentrale Rolle zukommt, denn es legt die Reduktionsziele fest. Dennoch ist der Klimaschutzgedanke in die verantwortlichen Ressorts unzureichend integriert, was als eine der Hauptursachen für die Umsetzungsprobleme in der deutschen Klimapolitik gesehen wird. Zudem sind die verschiedenen Ministerien in unterschiedlicher Art und Weise dem Einfluss von Interessengruppen ausgesetzt. Die Umsetzung der in der Klimarahmenkonvention und der Aarhuskonvention enthaltenen Partizipationsanforderungen erfolgt auf der nationalen Ebene eher schleppend. Beispielsweise ist der nationale Focal Point zur Umsetzung des Artikel 6 der Klimarahmenkonvention bislang wenig bis gar nicht institutionalisiert (Walk 2008, S. 169 u. 170).

Eigentliche Hoffnungsträgerin von partizipativer Umwelt- und Klimapolitik ist die kommunale Ebene. Die Kommunen haben bei der Erreichung der nationalen Klimaschutzziele eine Schlüsselfunktion inne. Auf lokaler Ebene ist Klimaschutz in Deutschland jedoch eine freiwillige und erst in jüngster Zeit (Änderungen im Baugesetzbuch, z.B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz) in Teilen ausdrücklich eine Pflichtaufgabe. Zwar können auf kommunaler Ebene in den wichtigsten Handlungsfeldern – dem Energie- und dem Verkehrsbereich – aufgrund der räumlichen Nähe zielgruppenspezifische Ansätze eher durchgeführt werden. Gleichzeitig ist aber auf lokaler Ebene die Bereitschaft vieler Verbände und Kommunen, sich in Artikel 6-Aktivitäten zu engagieren, äußerst gering.

Hinzu kommt, dass die Beteiligung im Umweltbereich durch die Einführung des Beschleunigungsgesetzes („Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur

⁷ siehe <http://www.aarhus-konvention.de/dokumente/docs/aarhus.pdf>

Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen der „Öffentlich Privaten Partnerschaften“ von 2005) massiv eingeschränkt worden ist. Hier spielen im Wesentlichen die Standortfaktoren bzw. ökonomische Konkurrenzfragen eine Rolle (ebenda, S. 98, siehe auch oben, S. 3). Und im Zuge der Standortdebatte wurden die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen mit Blick auf wirtschaftliche Effizienzkriterien bewertet. Durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz wurde die Durchführung einer UVP – samt der öffentlichen Beteiligung – dem eigenen Ermessen überlassen. Und durch das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz wurde die Partizipation der Öffentlichkeit bei der UVP in Raumordnungsverfahren bei den Verkehrswegen in den neuen Bundesländern sogar herausgenommen (ebenda, S. 218).

Die Bürgerbeteiligungsrechte im Umwelt- und Klimaschutz betreffend hält sich auch nach Verabschiedung des Umweltinformationsgesetzes die Zahl der Informationsanfragen an die Umweltbehörden in engen Grenzen. In der Praxis machen die Klagen der Verbände wegen mangelhafter bzw. fehlender Beteiligung (die so genannte Partizipationserzwingungsklage) etwa 35% aller Klagen aus (ebenda, S. 155).

Insgesamt kriselt die politische Repräsentation und die Distanz zwischen Eliten und ihr untergeordneten sozialen Milieus nimmt zu. Das alte, stark auf die Sozialpartnerschaft (zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen) ausgerichtete Sozialmodell ist in Auflösung begriffen und ein neues übergreifendes Modell für einen gerechten Ausgleich zwischen den sozialen Gruppen ist noch nicht in Sicht. Auch Geschlechterungleichheiten lassen sich in den Landkarten des sozialen Raums gut visualisieren. Wenige Frauen sind in den höheren Einkommensgruppen zu finden, zugleich aber nehmen sie gleichberechtigt an den Bildungsöffnungen und am Wandel der Lebensstile teil. Die erwähnte Veränderung der politischen Beteiligung seit den siebziger Jahren – erhebliche Verschiebungen weg von traditionellen Mitgliedschaften in Parteien und Vereinen etc. hin zu themenspezifischen und kleineren neuartigen Initiativen und Gruppen – trägt zur Elitenbildung eher bei. Denn die neuen Assoziationsformen stellen steigende Anforderungen an ihre Mitglieder und Personen mit niedrigem Bildungsstand weisen unterdurchschnittliche Mitgliedschaftsanteile auf (ebenda, S. 180).

2.5 Herausforderungen partizipativer Governance im Kontext regionaler Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Die Beteiligungslandschaft ist von einer seltsamen Gleichzeitigkeit geprägt: Einerseits wird bürgerschaftliches Engagement zunehmend wertgeschätzt und unterstützt, was sich z.B. im Ansatz der „Bürgerkommune“ zeigt. Andererseits nehmen kommunale Handlungsspielräume ab und werden Partizipationsräume zugunsten von Standortfaktoren eingeengt.

Die Kommunalpolitik und bürgerschaftliches Engagement betreffend ist zu beachten, dass Kommunen als Bestandteil der Landesverwaltung häufig die Implementation von Bundes- und Landesgesetzen übernehmen. Dies bedeutet, dass die Umsetzung von Gesetzen der anderen politischen Ebenen den Hauptteil kommunalpolitischen Handelns ausmacht. Zugleich machen zweckgebundene Mittel den Hauptteil des Gesamtetats aus. Damit sind die Kommunen für die ihnen zukommende Schlüssel-funktion bei der Erreichung der Klimaziele schlecht ausgestattet. Hinzu kommt, dass die kommunalen Funktionen zunehmend durch ökonomische Flexibilisierungs- und Deregulierungsprozesse sowie durch veränderte Governanceformen zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren beeinflusst werden.

Somit übernehmen Kommunen einerseits viele Verantwortlichkeiten und Bereiche, andererseits wird ihnen im Mehrebenensystem keine wirksame Rolle zugewiesen. Zusammenschlüsse und Foren für Kommunalpolitische Entscheidungsträger wie das Klima-Bündnis haben nur konsultativen Status und sind in ihrer Wirksamkeit beschränkt. Während bis in die 1990er Jahre die Hauptfunktion der Kommunen in der Sicherstellung der kollektiven Wohlfahrt über die Bereitstellung quasi öffentlicher Güter lag, verschob sich seitdem diese Funktion in Richtung einer Standortkonkurrenz, die die Entwicklung geeigneter regionaler und kommunaler Wirtschaftsstrukturen ins Zentrum rückt. Dies umso

mehr aufgrund von Einnahmeneinbrüchen (Steuerreform 2000, Rückgang der Gewerbesteuer) auf der einen bei gleichzeitiger Ausgabensteigerung (soziale Leistungen) auf der anderen Seite. Daher haben klimapolitische Umstrukturierungen, die Geld kosten, wenig Chancen. Aufgrund der katastrophalen Finanzlage ist die kommunale Selbstverwaltung vieler Kreise und kreisfreier Städte gefährdet. Damit ist zugleich der öffentliche Raum als Resonanzraum einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft gefährdet und das Vertrauen in die öffentliche Daseinsvorsorge schwindet.

Mit der gleichzeitigen Reformbewegung in Richtung Bürgerkommune soll die im sozialen und öffentlichen Bereich aufgerissene Lücke mithilfe Engagierter bzw. ihres „sozialen Kapitals“ gefüllt werden. Im Zuge der Reform der kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen und in Verbindung mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden lässt die Kommune die Meinung der Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher in die Entscheidungsfindung einfließen. Die Einführung von Bürgerbegehren war ein schwieriger Prozess, denn durch sie können repräsentative Formen an Gewicht verlieren und alternative Projekte gestärkt werden. Erste Auswertungen zeigen, dass von direktdemokratischen Verfahren nur zaghafte Gebrauch gemacht worden ist (Roth 2002). Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge von Planfeststellungsverfahren sind Klagen von Betroffenen meist als Grundeigentümer – Eigentumsbetroffenheit – eingegangen. Dennoch wurde auf der lokalen Ebene mit einer enormen Bandbreite an Beteiligungsverfahren experimentiert. Dazu gehören auch neue Formen informeller Beteiligung wie Zukunftswerkstätten, Runde Tische, Mediationsverfahren und Planungszellen, Stadtteilkonferenzen, Lokale Agenda-Prozesse, Bürgerhaushalte u.a. (siehe auch Walk 2008, S. 220f).

Bürgerschaftliche Aktivierungsprogramme sind jedoch in hohem Maße von der Gewährleistung sozialer Rechte und davon abhängig, dass bürgerschaftliche Kompetenzen erworben werden können. Diese Voraussetzungen sind im Zuge der arbeitsmarktpolitischen Reformen gefährdet worden und es droht weiterhin eine Zunahme sozialer Ausgrenzung, Segregation und der Rückgang von Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Zugleich fällt bei den verwaltungsinternen Debatten auf, dass Hintergrund und Bedingungen zur Herausbildung von Kompetenzen und Lernprozessen für ein selbstbewusstes Engagement im öffentlichen Raum kaum thematisiert werden (ebenda, S. 221).

Da es in Deutschland kein Konzept zum Artikel 6 der Klimarahmenkonvention gibt, findet keine Bündelung der Aktivitäten statt. Dies ist im Bereich der Information und Öffentlichkeitsarbeit nicht nur wenig effizient, sondern es kann auch negative Folgen haben, da die Adressat*innen kaum in der Lage sind, die unterschiedlichen und zum Teil sich widersprechenden Berichte über Klimaänderungen und notwendige Maßnahmen zu bewerten.

Bislang kann die These, dass eine Transformation des Regierens hin zu nicht-hierarchischen Steuerungs-Arrangements stattfindet, für das Engagement im Politikfeld Klima und Energie nicht bestätigt werden. Im Gegenteil kann in den meisten Fällen eine Indienstnahme von Bürgerengagement beobachtet werden. Die vielfältigen Beteiligungsformen wurden nicht selten von der Verwaltung instrumentalisiert (ebenda, S. 269). Zunehmende Machtungleichgewichte zwischen Experten und Laien tragen zusätzlich zu wachsenden Konflikten bei, da sich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht zwangsläufig in der Expertenmeinung wiederfinden.

Damit liegt die *zentrale Herausforderung partizipativer Governance im Kontext regionaler Anpassung an den Klimawandel* darin, regionale Netzwerke trotz schlechter Voraussetzungen bürgerschaftlich zu fundieren und zu erweitern. Dies bedeutet auch, den widrigen Bedingungen der schlechten Finanzlage und einer restriktiv, wenn nicht repressiv angelegten Sozial- und Arbeits(market)politik entgegen zu wirken. Denn die selektive Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen kann zwar vereinzelt die Politikergebnisse verbessern, aber keinesfalls die notwendigen gesellschaftlichen Unterstützungsleistungen bzw. die Bereitschaft einer breiten Öffentlichkeit für Klimaschutzaktivitäten und für Aktivitäten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels fördern. Dabei ist wichtig zu beachten, dass gesellschaftliche Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen den bestehenden Machtstrukturen und Entscheidungshierarchien unterliegt. Macht- und Entscheidungskompetenzen bzw. -befugnisse sind in der Regel ungleich zwischen den ‚Partizipierenden‘ und den ‚Entscheidenden‘ – aber auch ungleich

innerhalb dieser Gruppen – verteilt. Als Vermittlungsinstanzen kommt den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine bedeutende Rolle zu, während sie bislang als Entscheidungs- und Mitgestaltungsinstanzen kaum in Erscheinung treten. Auch in weitestgehend offenen Prozessen wirken ungleiche Kräfte- und Machtverhältnisse. Die Verfügbarkeit von verschiedensten Ressourcen – Zeit, Geld, Erfahrung und Wissen – ist unterschiedlich. Die Kluft zwischen Entscheidungsträger*innen und sich beteiligenden Bürger*innen ist in der Regel erheblich größer als in den Analysen angegeben wird. Eine wichtige Frage ist, warum Mitentscheidungsrechte von den Bürgerinnen und Bürgern nicht massiver eingefordert werden. Dies scheint sich bislang auch durch höhere Betroffenheit kaum zu ändern (ebenda, S. 257), was ein Indiz dafür ist, dass sich steigender Problemdruck in zunehmender Politikverdrossenheit äußert.

Gerade deshalb ist wichtig, angemessen Politikentwürfe nicht ingenieurmäßig in Gang zu setzen (siehe auch Balistier 1996 und Bergstedt 1998) und mit neuen Formen der Partizipation nicht technokratisch umzugehen. Vielmehr sind gezielte bottom up Prozesse notwendig, wobei die lokalen Gestaltungsmöglichkeiten für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen genutzt und regional verknüpft werden können. Gensicke (2001) und Munsch (2003) zufolge können allerdings bottom up Prozesse eine Katalysatoren- oder Moderatorenfunktion benötigen. Denn es gibt Personengruppen, die von sich aus kaum an Partizipationsprozessen teilnehmen würden, weil sie aus physischen und psychischen Gründen oder wegen ihres geringen kulturellen oder sozialen Kapitals dazu nicht in der Lage sind.

Im folgenden Kapitel sollen bottom up Prozesse im Kontext des Klimawandels näher beleuchtet werden. Ausgangspunkt sind Gruppen, die in der Governanceanalyse und in der Partizipationsdebatte eher vernachlässigten worden ist: Widerstand und Protest einer Kölner Hochwasserschutzinitiative; der Einspruch westfälischer Naturschutzverbände gegen ein Investitionsvorhaben; die Betroffenheit von Bürger*innen.

Gefragt wird zunächst danach, wann, aus welchem Anlass heraus und wo die Initiative entstanden ist bzw. wie ein Extremereignis erlebt worden ist. Geht es in der Folge um eher individuelle partizipative Lernprozesse, in denen einzelne Akteure bestärkt werden, sich bei Entscheidungen, die ihr eigenes Leben betreffen, verstärkt einzubringen? Oder sind es institutionelle Lernprozesse, bei denen sich Institutionen öffnen und neue institutionelle Arrangements geschaffen werden, die partizipative Prozesse ermöglichen? Wie ist die Beziehung zur formalen Politik? Was konnten die Initiativen und was konnten Einzelne bewirken? Tragen Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, tragen Widerstand und Protest zur Verbreiterung von Partizipation bei – oder bilden sich neue informelle Hierarchien heraus?

3 Bürgerinnen und Bürger suchen Verwaltung Widerstand und Betroffenheit im Kontext des Klimawandels

Anliegen der kleinen empirischen Erkundung ist gewesen, den in der Partizipations- und Governancedebatte eher vernachlässigten Stimmen zuzuhören: unmittelbar Betroffene und in Protestbewegungen oder Aktionen engagierte Bürgerinnen und Bürger. Sie habe ich gebeten, entlang der am Ende der theoretischen Überlegungen formulierten Leitfragen Geschichten zu Partizipation und Klimawandel zu erzählen (s. auch o., S. 4).

Zunächst sind die theoriegeleiteten Fragen tragfähig gewesen. Thomas Kahlix von der „Bürgerinitiative Hochwasser Altgemeinde Rodenkirchen“ hatte sich schon im Vorfeld und im Kontext der zivilgesellschaftlichen Plattform des *dynaklim*-Projektes an mich gewandt und auf mein Nachfragen hin auch zu einem Interview bereit erklärt. Zugleich hat er die Methodenauswahl variiert, weil er ein Treffen auf der Rheinkonferenz 2011 vorgeschlagen hat. Denn während sich die Leitfragen (s.o., S. 13) dem qualitativen Expert*inneninterview zuordnen lassen, gehört die Teilnahme an der Konferenz zur teilnehmenden Beobachtung (siehe auch Lamnek 2010, S. 498f). Sie befindet sich oft in dem Spannungsfeld zwischen Distanz und Identifikation. Hier gibt es weder Patentrezept noch Königsweg, sondern die Rolle klärt sich im je spezifischen Feld und sollte stets bewusst gemacht und reflektiert werden.

Im Spannungsfeld des Rollenrepertoires zwischen Identifikation und Distanz stehen der Methodenlehre zufolge vier Beobachtungstypen zur Verfügung, die nach Intensität der Beobachtung bzw. Grad der Identifikation gestaffelt sind: „(1) Völlige Identifikation mit dem Feld (...) (2) Teilnehmer als Beobachter (3) Beobachter als Teilnehmer (4) Reiner Beobachter ohne Interaktion mit dem Feld (...)“ (ebenda)

Mein Rolle hat sich zwischen (2) und (3) bewegt, mit der Tendenz zur beobachtenden Teilnehmerin. Das Experteninterview mit Thomas Kahlix hat unmittelbar im Anschluss an die Konferenz und noch in den Räumen des Rheinforums in Wesseling stattgefunden (zu den Ergebnissen siehe 3.1). Das weitere Vorgehen betreffend hat er angeregt, die zivilgesellschaftlichen Proteste im Kontext des Starkregenereignisses in Dortmund Marten (2008) zu untersuchen.

Doch eine der in Köln-Rodenkirchen vergleichbare Initiative ist in Dortmund nach dem Starkregenereignis nicht entstanden. Vielmehr hat sich bei meiner Recherche bestätigt, dass das Partizipationsverhalten spontaner und projekt- bzw. hier ereignisbezogener geworden ist (s.o., S. 9).

Daher ist bei der zweiten Erzählung ein Perspektivwechsel erfolgt und ich habe das Ehepaar Jutta und Gernot Schelkmann in Dortmund Wellinghofen besucht. Sie sind vom Starkregenereignis betroffen gewesen und haben an den beiden Zukunftswshops im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Plattform von *dynaklim* teilgenommen. Damit ist das qualitative Paarinterview zugleich mit einer Art Ortsbegehung verbunden gewesen, und die beiden haben mir vom 2008 wassergefluteten Keller bis hin zu den neuen Pumpen und Abflüssen alles gezeigt. Außerdem sind über ihr Erzählen auch die Geschehnisse in Dortmund Marten mit eingeflossen. Doch die beiden haben nicht erzählt, was ich erwartet habe. Sie haben keine politische Haltung und Einstellung zu den Geschehnissen, sondern sie sind stark an Eigeninitiative und an individueller Vorsorge orientiert. Sie können mit „hoch klingenden Vokabeln“ wie „Partizipation“ und „formelle oder informelle Hierarchien“ wenig anfangen. Doch in ihrer Erzählung schwingt die Problematik des Zusammenspiels von Einzelnen und Institutionen sehr schön mit (zu den Ergebnissen siehe 3.2, zur Interpretation siehe 3.4).

Während die beiden ersten Erzählungen am Rhein und an bzw. in der Nähe der Emscher spielen, habe ich für die dritte Erzählung ein Beispiel an der Lippe gesucht. Bei meiner Suche ist deutlich geworden, dass auch bei zivilgesellschaftlichem Protest häufig männliche Akteure überrepräsentiert sind (s. auch o. S. 9).

Den Hinweis auf eine ehrenamtliche BUND-Mitarbeiterin verdanke ich Ludwig Holzbeck (Fachbereich Natur und Umwelt, Kreis Unna). Auch er hat an den beiden erwähnten Zukunftswshops teilgenommen. Im Kontakt zu Silvia Lippert haben sich dann meine theoriegeleiteten Fragen als eher unbrauchbar gewesen. Entstanden ist das gemeinsame Erkunden bestimmter Stellen im Lippegebiet – ein Wahrnehmungsspaziergang, der auch Interviewelemente enthalten hat. Wahrnehmungsspaziergänge lassen sich der ethnographischen (siehe auch Flick 2006, S. 216f) bzw. der Ethnomethodologie (siehe Lamnek 1995, S. 385) zuordnen und gehören der Feldforschung an. Diese unterscheidet sich von der empirischen Sozialforschung dadurch, dass ihr die Abweichung vom Selbstverständlichen und Erwarteten innewohnt. Robert Merton und Elinor Barber haben die Grundhaltung des ethnologischen Feldforschers und der ethnologischen Feldforscherin auf den Begriff der „Serendipität“ gebracht: Die Bereitschaft, sich überraschen zu lassen, etwas neues aufzunehmen und sich widerlegen zu lassen (Merton; Barber 2003). Wahrnehmungsspaziergänge sind „erlaubt“ und werden mit Erkenntnisgewinn verbunden, weil die Methoden der Feldforschung nicht zur Kontrolle der Datenerhebung dienen, sondern zum Erschließen des Materials⁸.

Doch genug der methodologisch-methodischen Vorbemerkungen und Zeit, die Geschichten zu erzählen. Sie sind weitgehend in der Sprache der Personen belassen und von ihnen selbst autorisiert worden.

3.1 Es sind Lernprozesse, die aus existenziellen Krisen- und Zerstörungserfahrungen heraus entstehen

Im Gespräch mit Thomas Kahlix, Bürgerinitiative Hochwasser Altgemeinde Rodenkirchen e.V.

Am 14. Dezember 2011 treffen Thomas Kahlix und ich uns auf der „Rheinkonferenz 2011 – Rhein gemeinsam gestalten“ in Wesseling. Anlass ist die feierliche Verabschiedung der „Rheincharta“, die Oberbürgermeister Jürgen Roters zuerst unterzeichnet. Die Veranstaltung ist eine integrative Leistung, denn Vertreterinnen und Vertreter ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteursbereiche – und gerade auch solche, die sonst eher nicht miteinander sprechen – finden sich zur Unterschrift zusammen. Ein partizipativer Prozess war das Verfassen der Rheincharta gleichwohl nicht. Vielmehr bringt sich die Bürger*inneninitiative (BI) von sich aus ein, nach dem Motto: „Dabei sein ist alles.“ Dies betrifft nicht nur die bloße Anwesenheit, sondern auch das sich Einbringen mit Redebeträgen und kritischen Kommentaren des Chartatextes. Thomas Kahlix schickt mir einen Auszug, den Abschnitt zu „Der dynamische Rhein – Hochwasser, Niedrigwasser“. Im Entwurfstext heißt es „Der Rhein pendelt als dynamisches Flusssystem zwischen Hochwasser- und Niedrigwasserereignissen. Je nach Zustand verengen oder erweitern sich die Spielräume für die Nutzung der Uferzonen. Die Dynamik schafft „Verhandlungsräume“ zwischen Stadt und Landschaft“. Hier erhebt die BI den ersten Einspruch: Es muss heißen: Die Dynamik schafft „Verhandlungs-“ **aber auch „Konflikträume“** zwischen Stadt und Landschaft“ – denn „Verhandeln allein trifft nicht den Kern“. Auf der nächsten Seite des Entwurfstextes heißt es: „Die Botschaft ist: Das Flusssystem ist dynamisch. Für nicht hochwasserangepasste Nutzungen bleibt immer ein Restrisiko.“ Auch hier ist die BI durchaus nicht einverstanden, denn: „Die Verwendung des Begriffs Restrisiko ist verharmlosend: Daher „Nicht hochwasserangepasste Nutzungen **bedeuten immer ein hohes Risiko.**“

⁸ siehe auch http://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/anthro/lehre_ws_2011_12/einfuehrung/vl4_feldforschung.pdf



Wann und weshalb diese Initiativen entstanden ist

Bürgerinnen und Bürger hatten sich ebenso verkalkuliert wie die Stadtverwaltung. Beim „Weihnachtshochwasser“ von 1993 wurde das Köln-Rodenkirchener Viertel um die Wilhelmstraße überflutet. Und während Ersterer „paralysiert in das Chaos blickten, fehlte der Stadt der Mut zur Improvisation, die – wie wir heute wissen – erfolgreich gewesen wäre.“ (aus der Homepage der BI, siehe <http://www.hochwasser.de/index.php/hochwasserschutz-koeln/hochwasserschutz-gemeinschaft-koeln/mitglieder/113-bi-hochwasser-altgemeinde-rodenkirchen-ev->)

Bald stellte sich heraus, dass eine erfolgreiche Strategie in der Solidarität der Betroffenen und ihrer kritischen Zusammenarbeit mit der Stadt Köln liegen müsse. Inzwischen vertritt die Initiative – ihr sind andere Bürger*innenvereine und Hauseigentümer*innenvereine angeschlossen – die Hochwasserschutz-Interessen von weit über Dreitausend Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Kölner Süden. Hier verläuft am linksrheinischen Ufer einer der längsten und auch einer der problematischsten Schutzabschnitte. Einmal droht bei Pegelständen über 11,00 m Kölner Pegel der Strom aufgrund des weit nach Osten ausholenden Weißer Rheinbogens eine „Abkürzung“ durch die Wohngebiete zu nehmen. Zum anderen gehört das Gebiet neben der Altstadt zu den im Hochwasserschutzkonzept am schlechtesten geschützten Gebieten.

Individuelle partizipative Lernprozesse

Die Ziele der BI haben sich aus der Hochwassererfahrung heraus gebildet. Denn nicht hochwassererfahrene Nachbarinnen und Nachbarn hatten Vorbehalte oder reagierten aggressiv auf die Bürgerinformationsveranstaltungsangebote der Stadt zu Gefahren des Hochwassers und zu Fortschritten des Hochwasserschutzkonzepts. Vermutlich sind Bürgerinnen und Bürger in dieser Situation vertrauenswürdiger als die Stadt. Beispielsweise gehen Anfragen zur Hochwassergefährdung (bei einem geplanten Hauskauf in Rodenkirchen) eher an die Hochwasserschutzinitiative, die Neubürgerinnen und Neubürger beraten.

Die Nachricht, das eigene Haus sei möglicherweise nicht sicher, kommt einer Abrissdrohung gleich. Und Manche wollen das gar nicht hören.

Thomas Kahlix konnte nach dem Hochwasserereignis von 1993 sechs Wochen nicht in seiner Wohnung wohnen. Und erst nach zwei Jahren hatte sie wieder die Qualität des vertrauten Zuhauses. Es sind Menschen wie er, die eine Zerstörung als Eingriff in die Intimsphäre erfahren haben. Die Unverletzlichkeit der Wohnung hat Verfassungsrang.

Beim Elbehochwasser 2002 hatte die Initiative vier Millionen Klicks auf ihrer Website. In Krisensituationen besteht ein hoher Informationsbedarf. Weil so viele Leute angerufen haben, hat die Initiative der Behörde an der Elbe den Vorschlag gemacht, dass sie wichtige Telefonnummern bei ihr deponiert (sie hat auf der Website eine Unterseite zum Elbehochwasser eingerichtet), denn an der Elbe waren die Telefonleitungen schon zusammengebrochen.

Institutionelle Lernprozesse

Es sind Lernprozesse, die aus existenziellen Krisen- und Zerstörungserfahrungen heraus entstehen. Inhaltlich geht es zunächst darum, Informationen und Erfahrungen zu sammeln und zu verwerten. Es geht darum, die eigenen Schäden verhindern zu können. Vorsorge zu treffen, vorsorgend zu planen und zu handeln. Auch ist wichtig, Selbsthilfekapazitäten zu stärken, individuell oder als Gruppe. Es ist immer eine Wechselwirkung zwischen den Einzelnen und der Gruppe. Denn das kann man nicht einzeln bewerkstelligen. Der eine organisiert Brötchen und die andere kümmert sich um Transport. Das passiert ganz selbstverständlich. Es schafft ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität: „Bei uns hält das bis heute, also nach achtzehn Jahren dauert es bis heute an.“

Der Kieler Katastrophenforscher Wolf R. Dombrowski hat den deutschen Katastrophenschutz im Jahr 2002 harsch kritisiert: Die einfachste Voraussetzung für ein wirksames Management zur Katastrophenabwehr sei "in unserem Land aus Organisations- und Behörden-Eifersüchteleien nicht gegeben". Vielmehr würden sich Informationen häufig widersprechen, was die Vorsorgefähigkeit einschränke. (http://www.welt.de/print-welt/article407177/Katastrophenschutz_Ein_Flickenteppich_mit_Loechern.html)

Viele Rodenkirchener Bürgerinnen und Bürger haben sich geärgert, dass sie Manches unnötigerweise verloren haben. Anderen droht Ähnliches in ähnlichen Situationen – und das wollen sie verhindern bzw. dem vorbeugen. Dabei spielt der Eigennutz durchaus eine Rolle: Resiliente Strukturen im Stadtviertel vergrößern die Chance, im ernsthaften Notfall Hilfe zu bekommen. Weil die Anzahl der Hilferufe drastisch reduziert wird. Feuerwehr, technisches Hilfswerk und Nachbarn, die auf dem Trockenen sitzen, haben begrenzte Kapazitäten.

Die Hochwasserschutzinitiative ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein und ihren Kern bildet die Nachbarschaft. Rodenkirchen hat eine gemischte Altbebauung und die Mitglieder gehören der oberen und unteren Mittelschicht an. Sie sind eher „mittel alt“, damals zwischen dreißig und fünfzig Jahren, heute, nach achtzehn Jahren zwischen Achtundvierzig und Achtundsechzig. Es kommen keine Jüngeren nach und es gibt Austritte, denn der Hochwasserschutz ist fertig. So steht an, die Geschichte entweder auslaufen zu lassen oder eine Verstetigung zu versuchen. In den Hochzeiten gab es fünfhundert Mitglieder (darunter auch Wohn- und Eigentümergemeinschaften, also etwa viertausend Leute). Heute sind es etwa zweihundertfünfzig Personen, davon ungefähr siebzig Prozent Männer und dreißig Prozent Frauen.

Zurück zu den Lernprozessen von Institutionen – die Stadtverwaltung oder benachbarte Gemeinden lernen, mit Bürgerinnen als ständige Partner zusammen zu arbeiten, was auch heißt, sie in Projekte und Planungen einzubinden. Das geht aber nicht so leicht: „Traditionell wird auf allen Ebenen versucht, uns als lästige Insekten abzuwimmeln“.

Dann aber hatten „unsere grünen Freunde“ den genialen Einfall: Sie haben Thomas Kahlix im Zuge der Kommunalwahlen von 1999 eine Kandidatur als Nicht-Grüner auf ihrer Liste angeboten. Er ist gewählt worden – und ab da „waren wir wer“. Jetzt hatte er Rechte. Akteneinsicht, Anfragen und Anträge stellen. Das hat die Kooperationsbereitschaft der Verwaltung spürbar gesteigert. Dieser Zustand währte neun Jahre, bis 2008. Jetzt braucht die Initiative das nicht mehr, weil sie institutionalisiert sind: „Man guckt schon manchmal, wie wir drauf sind“.

Das Motto lautet: Überall dabei sein ist alles! Bei der Hochwassernotgemeinschaft Rhein, beim Deutschen Komitee der Katastrophenvorsorge (DKKV), bei der Regionale. Entweder informell oder im operativen Beirat. Thomas Kahlix wird dann z.B. von der DKKV gefragt, ob er sie in Paris vertreten

könne. Das hat er gemacht und sich aus der Perspektive des Bürgers eingebracht. Das fanden die Französischen und Franzosen erstaunlich. Solcherart Zusammenarbeit von Bürger*innen und Institutionen sind Keimzelle einer effizienten Krisenbewältigung.

Das macht Arbeit, aber auch Spaß. Die Initiative hat moderate Mitgliedsbeiträge und organisiert immer wieder Spenden. Damit wird die Teilnahme an Workshops und Kongressen finanziert. Thomas Kahlix ist in den Kompassprozess der Deutschen Anpassungsstrategie eingebunden, zuletzt im Sommer 2010. Doch seitdem hat er nichts mehr davon gehört.

Bis 2008 hat er oft „gemogelt“, ist z.B. zum Kongress und hat dann den Montag oder Freitag als im Rahmen seines politischen Mandats deklariert. Da mussten sie ihn in der Schule freistellen. Weil er ja das „Hochwassergewissen der Stadt Köln“ ist. Die Arbeit und die Zeit betreffend wird der Aufwand geringer, wenn man ein bestimmtes Ressourcenniveau hat und sich z.B. eine Bahncard anschafft.

Die Beziehung der Bürger*inneninitiative zur formalen Politik

Die Beziehung zur formalen Politik und zur Verwaltung ist ambivalent. Man hat sie gerne als Aushängeschild und Transmissionsriemen in die Bevölkerung hinein. Z. B. haben Initiative und Stadtverwaltung 2009 im Kontext der Information über die Stadtentwässerung eine gemeinsame Veranstaltung organisiert. Die Initiative hat die Plakate gemacht und gezielt aufgehängt. Es gab einen längeren Streit mit dem Rechtsamt, ob sie das Logo der Stadt Köln verwenden darf. Die Veranstaltung fand im großen Sitzungssaal des Bezirksrathauses in Rodenkirchen statt. Es war brechend voll, mindestens vierhundert Leute sind gekommen und eigentlich sind nur dreihundert mit Mühe unterzubringen. Reinhard Vogt, der Hochwasserschutzbeauftragte und Geschäftsführer des Hochwasserkompetenzzentrums ist zugleich Angestellter der Stadtentwässerungsbetriebe. Er und Thomas Kahlix haben einen Vortrag im Teamteaching gehalten und der Synergieeffekt war groß.

Soweit zur Sonnenseite. Der Normalfall ist aber: „Man hält uns nach Möglichkeit draußen und lässt uns nur rein, wenn es nicht anders geht oder wir uns beschweren“. D.h., die Initiative kann an einer gelungenen Veranstaltung nicht anknüpfen. Sie muss stets von vorne anfangen. Es gibt keine Kontinuität bzw. es gibt sie nur mit Personen. Hingegen sperrt sich die Situation als solche erst einmal. Weshalb das so ist – das müsste man die Verwaltung fragen.

Es geht nicht um Auswirkungen und soziale Konsequenzen, sondern es wird nur gefragt: Besteht Handlungsbedarf im Sinne der Rechtslage, besteht eine Vorschrift?

Der beste Trick, eine eigene Idee, die von der Verwaltung umgesetzt werden muss, voranzutreiben ist der Hinweis, dass man nicht auf der Autorenschaft besteht und es auch eine Verwaltungsinitiative sein kann. Dann steigen die Chancen um 500 Prozent. Sonst könnte es ja ein Eingeständnis des behördlichen Unvermögens sein, wenn man nicht selber darauf gekommen ist.

Was die Hochwasserschutzinitiative bewirken konnte

Viel, mehr, als sie je erwartet hätte. Nicht aufgrund der Einsicht der Verwaltung, sondern aufgrund der eigenen Hartnäckigkeit bis hin zur Prozessführung. Die Initiative hat gegen den Regierungspräsidenten geklagt, wegen der sinnlosen Planung des Langel/Lülsdorfer Polders. Die Mitglieder haben 15.000 Euro für die Anwälte gesammelt. Die Hochwasserschutzinitiative hat den Prozess verloren – aber die Planung wurde dennoch umgeworfen. Es wurde ein Gutachten zur „Optimierung des Polders“ vergeben, das die Vorbehalte der Initiative bestätigte. Eine Neuplanung ging ja nicht. Aber etwa 50% der Anliegen der Initiative wurden berücksichtigt.

Weiter hat sie sich im Rahmen des Hochwasserschutzkonzeptes eingeklinkt. Sie hat Retentionsflächen und den Verzicht auf Deiche gefordert. Das ist alles aufgegriffen worden. Es wird aber nicht – und schon gar nicht öffentlich – anerkannt. Das ist immer noch kränkend, aber die Mitglieder haben gelernt, das wegzustecken.

Partizipation – oder neue informelle Hierarchien?

Es gibt durchaus Versuche, den Verein in die offiziellen Hierarchien einzubinden. Nach dem Motto: „Wenn Ihr am Herrschaftswissen beteiligt werdet, haltet Ihr die Klappe.“ Die Gruppe hat dies abgelehnt und signalisiert, dass sich die Verwaltung noch mehr öffnen muss. Sie übernehmen manchmal eine Art Multikodierung. Z.B. vertritt Thomas Kahlix gleichzeitig die Initiative Hochwasserschutz und die Gegner des Godorfer Hafens auf einer Veranstaltung. Das ist bedenklich, denn es verengt die personelle Basis. Zugleich ist es effizient und ökonomisch. Und es ist auch gesund, innerhalb des eigenen Kopfes Positionswechsel vorzunehmen. Dabei gibt es spannende Fragen: „Sollen wir uns der Container-Tsunamiwelle einfach beugen – oder können wir deren Entstehung verhindern?“ So etwas trägt sowohl zur Verbreiterung der Partizipation als aber auch zur Herausbildung informeller Hierarchien bei.

Schließlich trägt die Initiative Hochwasser Aspekte in Bereiche rein, wo man denkt, dass sie da nichts zu suchen haben. Zum Beispiel: Wie kann man die großen grünen Ringe um Köln sichern und die Nutzung für Bürgerinnen und Bürger verbessern? Teile des Gürtels sind tiefliegend und können als Notfallretentionsräume genutzt werden. Win Win. Multikodierung. D.h., die Strategie, überall die Ohren offen zu halten, führt manchmal zu unerwarteten Ergebnissen. Auf der genannten Veranstaltung zur Stadtentwässerung kommt z.B. Thomas Kahlix darauf, das Wasser zu bedenken. Und Reinhard Vogt meint, das Hochwasser sei immer dabei. Das Integrieren in den Alltag führt zu solch' neuen unerwarteten Erkenntnissen.

Übrigens:

„Partizipieren reicht nicht. Aber es macht Vieles einfacher.“

3.2 Das Wasser kommt

Im Gespräch mit Jutta und Gernot Schelkmann, betroffene Bürgerin und betroffener Bürger in Dortmund Wellinghofen

Jutta und Gernot Schelkmann haben das Dortmunder „Jahrhundertunwetter“ erlebt. Ihr Einfamilienhaus steht in Wellinghofen, einem Stadtteil im Dortmunder Süden, vom Milieu her eher betucht. Es ist eine Sache, wenn in der Meteorologie von Konvergenz, von Starkregen und von 200 Liter Regen pro Quadratmeter die Rede ist. Es ist eine andere Sache, wenn das Unwetter im Blickfeld des eigenen Horizontes erscheint.

Am 26. Juli 2008

Jutta Schelkmann sieht dicke dunkle Wolken heraufziehen. Da kommt etwas auf sie zu – und sie lässt es auf sich zukommen. Denn es steht nicht in ihrer Macht, das drohende Unheil abzuwenden.

Es fängt an zu regnen. Gernot Schelkmann geht in den Keller. Er sorgt sich, weil die drei Gullis dort keine Rückstauventile haben. Aber da ist nichts. Es regnet enorm. Jutta Schelkmann geht in den Keller: „Gernot, das Wasser kommt!“ Es sprudelt aus den drei Gullis hoch. Sie legen Decken aus, als Barriere und damit das Wasser nicht in die anderen Räume läuft. Aber die Decken schwimmen weg. Und es kommt mehr Wasser, nun auch aus einem Loch im Estrich, direkt neben dem Abflussrohr. Es ist durch den Druck im Kanalsystem gebrochen. Es sprudelt und sprudelt und das Wasser steigt bis auf dreißig Zentimeter. Und es regnet immer noch weiter. Die Schächte an den Fenstern laufen voll. Sie gehen mit Eimern, schöpfen Wasser und schütten es aus. Beide Söhne kommen und helfen – aber es nimmt kein Ende. Die Feuerwehr muss kommen und das Wasser so schnell wie möglich aus dem Keller pumpen. Aber da ist kein Durchkommen. Es ist wohl zu viel Wasser in zu vielen Kellern. Und es ist auch die Schräglage, die das Wasser auf sie zuströmen lässt.

Es sind Gewalten. Bei Bepels kommt das Wasser durch die Wände und die Fliesen fallen herab. Die von ihnen eingebauten Rückstauventile werden durch den Druck zerstört. Am Tennisplatz schert sich die Flutwelle nicht im geringsten um die Stahltüren der Tennishalle. Sie drückt die Türen auf und

schießt hindurch. Der Marksbach, das kleine Bächlein, schwillt zu einem reißenden Fluss und strömt mitsamt Schlamm und Geröll durch das Freibad hindurch.

Nach dem Regen kommt der Hagel. Die Körner sind bis zu fünf Zentimeter dick. Und dann wieder der starke Regen.

Endlich, nach zwei Stunden, hört es auf. Die Kanalisation kann wieder fassen und das Wasser läuft sehr schnell ab.

In Dortmund Marten ist die Situation anders. Hier, im Dortmunder Westen, steht das Wasser lange. Die vom (Berg)Arbeitermilieu geprägten Mehrfamilienhäuser liegen in einer Mulde und nahe an der Emscher.

Nach dem 26. Juli 2008

Die Schelkmanns fragen sich: Was ist ein Jahrhundertunwetter – und warum ist das passiert? Letztlich ist nicht zu klären, warum Dortmund in die Konvergenzlage geraten ist und weshalb sich die Winde genau über Dortmund getroffen haben und zu kreisen anfangen. Von Menschen kann es nicht ausgegangen sein, denn niemand hat das Gewitter gebeten, eine Weile zu bleiben, anstatt abzuziehen. So gesehen war seine Niederlassung illegal.

Nach dem 26. Juli ist es nicht wie vorher. Beide Schelkmanns gehen immer mal wieder in den Keller. Es soll sich zwar um ein Jahrhundertereignis gehandelt haben – aber man weiß ja nie. Dem Keller sieht man das Hochwasser auch nach vier Jahren noch an. Soll er neu gefliest werden – und wenn, womit? Auf den drei Gullis liegen Sandsäcke. Für alle Fälle. Um die drei Fensterschächte sind kleine Wälle angelegt und – falls das Wasser es dennoch wagen sollte, hineinzulaufen – in den Schächten stehen Pumpen. Durch den Garten läuft eine Rinne. Sie hat ein Gefälle und kann die Wassermassen abführen. Auch im Eingangsbereich, vor und hinter der Garage, ist ein Gefälle angelegt. Und eine Elementarschadenversicherung haben die Schelkmanns abgeschlossen.

Die Schutzmaßnahmen ergreift Jede und Jeder für sich. Ein Nachbar hat eine neue Drainage um sein Haus gebaut – aber vielleicht läuft das Wasser jetzt woanders hin.

Hilfe für die Wellinghofener Bürgerinnen und Bürger gibt es nicht. Bis auf das städtische Angebot, den durch das Hochwasser entstandenen Müll kostenfrei abzutransportieren. Jedenfalls zwei Wochen lang.

Der Verein des Tennisclubs kann die Schäden nicht allein beheben und die Stadt hilft. Eine Mauer wird um das Gebäude gezogen und die Pflasterung des Parkplatzbodens wird dort angehoben. Das Freibad (es gehört der „Sportwelt GmbH“ an und befindet sich u.a. in privater Trägerschaft) wird mit viel Eigenarbeit wieder brauchbar gemacht.

In Dortmund Marten stellt sich die Situation anders dar. Es gibt viele schwer Geschädigte, es gibt Verzweiflung – und in einem Hörsaal der Universität treffen sich Bürgerinnen und Bürger. Die Frage nach der Schuld wird aufgeworfen. Trifft die Emschergenossenschaft Schuld – waren die Rückhaltebecken zu klein? Die Schuldfrage ist wichtig, um Schäden abgedeckt zu bekommen. Das Kreisen um die Schuldfrage mag dem Kreisen der Winde ähneln: Die Geschädigten versuchen einen Schuldigen zu finden – und die Beschuldigten versuchen, die Haftungsübernahme abzuwehren. Auch kommt bis Januar 2009 keinerlei Aufbauhilfe von der Stadt. Der Ruf nach Hilfe wird lauter und mit der Enttäuschung wächst die Kritik: Die Kanalprobleme seien nicht neu. Die Emschergenossenschaft habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Es brauche eine Bürger*inneninitiative, die den Flutopfern hilft. Der Schaden wird auf fünfzehn Millionen Euro geschätzt.

Hochwasser, Partizipation und Gegenseitige Hilfe

Teilhabe und gegenseitige Hilfe gibt es in Wellinghofen und für die Wellinghofener*innen nicht. Niemand meldet sich bei ihnen und sie melden sich nicht bei anderen. Da kommt niemand von der Stadt, es gibt keinen Aufruf, keine Bürger*inneninitiative. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist für sich:

Hilf' Dir selbst, sonst hilft Dir keiner. Allerdings sieht man Kanalisationsarbeiten, weiß aber nicht genau, um welche es sich handelt und wozu sie gut sind.

Ein solches Ereignis ist eine einmalige Sache. Die Schäden sind begrenzt, so auch bei Schelkmanns. Und niemand in der Siedlung ist sozial schwach.

Anders in Dortmund Marten. Hier ist es viel existenzbedrohender. Daher auch der Ruf: Wo bleibt die Stadt, wo bleibt die Hilfe? Die Emschergenossenschaft wehrt erst einmal ab. Es liege kein Verschulden ihrerseits vor. Es habe keinen Deichbruch gegeben. Und mit dem Phönixsee hätten sie ein Becken geschaffen, das im Bedarfsfall Wasser aufnehmen könne. Ist jedoch Soforthilfe erforderlich, bleibt keine Zeit abzuwarten, wie der Disput zwischen Beschuldigung und Abwehr der Haftungsübernahme ausgeht. Hier kommt eine Lösung über die Initiative der Bürgerinnen und Bürger zustande. Ein von den Wohlfahrtsverbänden koordinierter Hilfsfonds wird eingerichtet, es gehen nennenswerte Geldbeträge ein und es wird nennenswert geholfen.

Doch eine mit Köln vergleichbare Hochwasserschutzinitiative bildet sich nicht.

In Wellinghofen nicht, weil das zunächst ein einmaliges Ereignis gewesen ist. Und vom Denken her ist Jede und Jeder für sich selber zuständig. Das sind die Wellinghofener*innen gar nicht anders gewohnt. „Partizipation“ „formelle oder informelle Hierarchien“... das seien hoch klingende Vokabeln. Aber rein praktisch – Jeder und Jede wirkt für sich. Gespräche finden über den Gartenzaun statt: „Was ist Dir passiert?“ „Was machst Du?“ „Hast Du eine Elementarversicherung abgeschlossen?“ „Baust Du Rückstauventile ein?“ „Was machst Du da? Soll das ein Graben werden? Ein Wall?“ Letztlich überlegt Jeder und Jede, wie sie damit umgehen und wie hoch die Kosten sind. Den Rest wird die Zukunft zeigen. Unmittelbar haben die Schelkmanns das mit dem Wall, den Pumpen und der Rinne ganz clever gemacht und sind stolz darauf. Es bewährt sich bei starkem Regen und läuft über die Straße – zum Gulli.

Individuelle Lerneffekte

Jutta und Gernot Schelkmann haben gelernt, dass das Wasser kommen kann. Sie müssen Vorsorge treffen, weil die (klimatischen) Bedingungen immer schlechter werden. Dabei kann man nicht alles auf Dritte schieben. In erster Linie ist Eigeninitiative gefragt und es geht darum, mögliche Maßnahmen zu treffen. Erst einmal ist jede Bürgerin und ist jeder Bürger für sich. Im Grunde haben auch die anderen Jede und Jeder für sich die Lösung darin gesehen, eigene Maßnahmen zu treffen und nicht auf Hilfe von Dritten zu warten. Die Emschergenossenschaft ist nicht zuständig und die Stadt haftet bei so einem Regen auch nicht. Sie selbst können Vorsorge mit den Pumpen treffen. Schwieriger ist es mit dem Keller. Sie haben alles dreißig Zentimeter höher gestellt. Aber einen Teppichboden haben sie noch nicht.

Nach außen hin bewirken sie nach dem Hochwasser nichts – sondern sie machen ihren eigenen Kram. Sie akzeptieren, dass dies ein Jahrhunderthochwasser gewesen ist. Und sie fragen sich, welche Maßnahmen in ihrem Alter noch Sinn machen und welche nicht.

Allerdings – auf ein Jahrhundertereignis kann nicht mit vorsorgenden Baumaßnahmen reagiert werden. Sondern nur so, dass weniger Wasser reinkommt. Und es gibt etwas, für das Bürgerinnen und Bürger nicht selber Sorge tragen können: Dass die Kanäle richtig dimensioniert sind.

In Dortmund Marten wird nach dem Hochwasser der Ruf nach einem Verein laut, der ortsübergreifend sein müsse. Zukünftig Betroffene sollten einbezogen werden und es müsse öffentlichen Widerstand gegen ungezügelt Flächenfraß geben. Ein solcher Verein müsste sich mit dem neuen Hochwasser-Manager des Tiefbauamtes koordinieren. Er müsste Informationen und Expertise zum Thema Hochwasser und Vorsorge bereitstellen. Er müsste Schnittstellen ermitteln und managen und mit der Emschergenossenschaft beim Thema Renaturierung und Überflutungsgebiete zusammenarbeiten.

Doch auch in Marten bildet sich keine bleibende Hochwasserschutzinitiative. Die Hilfsmaßnahmen sind getroffen. Damit ist die unmittelbare Initiative der Bürgerinnen und Bürger vorbei und löst sich

auf. Wahrscheinlich ist der Dampf aus dem Kessel, nachdem die Martener*innen zufrieden und ruhig gestellt worden sind.

Institutionelle Lerneffekte

Unmittelbar läuft nichts. Kein Stadtvertreter und keine Stadtvertreterin werden in Wellinghofen gesichtet. Es ist auch niemand gerufen worden, sondern auf den einzelnen Grundstücken finden einzelne Initiativen statt. Auch Schelkmanns haben nicht um Hilfe gebeten – und können sich also auch nicht beschweren. Allerdings gibt es finanzielle Hilfe für den Tennisclub, denn der Verein wäre sonst am Ende.

Anders in Marten. Der Oberbürgermeister sagt einen Tag nach dem Unwetter unbürokratische Hilfe zu. Aber diese Hilfe kommt nicht. Weil die Stadt sich nicht genug engagiert und Hilfe gibt, engagieren sich Bürgerinnen und Bürger. Als der Hilfsfonds steht, beteiligt sich die Stadt und stockt den Spendentopf der Wohlfahrtsverbände mit 500.000 Euro auf. Bei der Emschergenossenschaft wissen es die Schelkmanns nicht. Mehrere Hilfsorganisationen richten Spendenkonten ein – und eventuell spendet die Emschergenossenschaft freiwillig und ohne rechtliche Verpflichtung. Es kommt genug Geld zusammen, ein Bürger*innenbüro wird eingerichtet und die Verteilung geht einvernehmlich über die Bühne.

Ein Jahr nach dem Unwetter legt die Emschergenossenschaft einen Bericht über Hochwasserschutzmaßnahmen für Gebiete vor, die unterhalb der Emscher liegen und besonders geschützt werden müssen. Außerdem hat die Emschergenossenschaft das Regenrückhaltebecken erweitert. Aber das hatte sie schon vor dem Hochwasser und sowieso vor.

Die Bürgerin, der Bürger und die formale Politik

Jutta Schelkmann sieht die Geschichte so, dass das „Niederschlagsextrem“ eigentlich keine Folgen für ihre Beziehung zur formalen Politik habe. Mit der scheint es ohnehin nicht zum besten bestellt. Hier in Dortmund könne sie sowieso nichts bewirken. Hier in Dortmund könne sonstwas passieren, da werde nie eine andere Regierung als die SPD drankommen.

Gernot Schelkmann bezweifelt, ob die CDU es besser machen würde. Überhaupt habe die Frage mit Parteipolitik nicht unbedingt etwas zu tun. Und mit der Beziehung zu den formal Verantwortlichen sei es so eine Sache... Aber – auf ein Jahrhunderthochwasser kann keine Stadt und kann keine Gemeinde die Vorsorge ausrichten. Beim nächsten extremen Unwetter könne er wieder Pech haben. Das sei am Rhein anders, weil da immer wieder Hochwasser komme. Und im Bereich der durchaus ausgeprägten sonstigen Gewittergüsse machten die Stadt und die Emschergenossenschaft ja etwas. Aber auch letztere habe – z.B. bezogen auf Renaturierung – finanzielle Grenzen.

Übrigens:

Hier kann klimatisch jederzeit etwas passieren. Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, für sich Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen. Erst dann, wenn das nicht weiterführt, sind Dritte wie das Tiefbauamt und die Emschergenossenschaft mit Ausbauarbeiten (Kanalsystem, Hochwasserrückhaltebecken etc.), die über das an normalen Gewittergüssen zu erwartende Maß ausgerichtet sind dran. Das wäre anders, wenn mit einer größeren Häufigkeit mit extremen Ereignissen zu rechnen ist und die eigenen Mittel ausgeschöpft sind.

3.3 Streit um den Romberger Wald

Ein Wahrnehmungsspaziergang im Lippegebiet mit Silvia Lippert, ehrenamtliche BUND-Mitarbeiterin in Bergkamen

Die Deutsche Bahn hat den Weg zur Lippe von Wuppertal aus nur bis Kamen vorgesehen. Womöglich liegt es daran, dass die zum Kreis Unna gehörende Stadt Bergkamen erst 1966 als Kunstprodukt einer Gemeindezusammenlegung entstanden ist. Die Schienen waren längst verlegt. Stattdessen gibt es

dreiundfünfzig Bergkamener Bushaltestellen, die sich auf die sechs alten Gemeinden verteilen. Bei einem am Stundentakt orientierten Busfahrplan ist dann der Öffentliche Personennahverkehr doch eher suboptimal, zumal sich die Punkte unseres Wahrnehmungsspaziergangs erstens auf die Stadtteile Overberge und Heil verteilen und zweitens nicht an einer Bushaltestelle liegen.

Daher holt mich meine Spaziergangspartnerin mit dem Auto am Bahnhof ab. Silvia Lippert ist ehrenamtliche Mitarbeiterin der Kreisgruppe Unna des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) in Bergkamen. Von meinem Ansinnen, eine Geschichte über die Lippe, den Klimawandel und das bürgerschaftliche Engagement zu erzählen, ist sie zunächst eher nicht angetan gewesen. Schon erst recht, wo doch das Wasser die Hauptrolle spielen soll. Sie will mich gerade an jemanden anderen verweisen, als ich am Telefon hinzufüge, bei meiner Suche nach Personen im Bereich des Widerstandes von Bürgerinnen und Bürgern würde ich recht vielen älteren Herren begegnen. Das sei gut, doch sei es in seiner drohenden Ausschließlichkeit nun doch zu einseitig. Diese Hinzufügung meinerseits bewirkt ihrerseits, dass sie mich doch nicht sogleich an den älteren Herren, den Wasserexperten der Kreisgruppe, weiterverweist. Allerdings weiß sie nicht recht, was sie mir erzählen soll. Doch als ich einen Wahrnehmungsspaziergang vorschlage, fällt ihr sogleich eine Menge ein. Bis hin zu dem Korb mit den Gläsern und der Mineralwasserflasche in ihrem Kofferraum. Doch davon weiß ich am Kamener Bahnhof noch nichts.

Wir fahren am renaturierten Fluss Seseke entlang zum Romberger Wald. Dessen östlicher Teil gehört zur kreisfreien Stadt Hamm, während der westliche Teil in Bergkamen-Overberge liegt. Das ist unpraktisch, denn um den kleinen Wald gibt es Streit. Dieser muss jetzt nicht nur zwischen Bergkamen und dem BUND, sondern auch zwischen Hamm und dem NABU (Naturschutzbund Deutschland) ausgetragen werden.

Im Romberger Wald

Wir betreten das Streitobjekt über einen Feldweg. Das dazugehörige Feld hat der Investor als Parkplatz vorgesehen. Doch Hafer und Feldrandkräuter wissen noch von nichts. Der Wald wirkt wie eine kleine Oase zwischen Autobahn (A 1) und Schnellstraße. Bäume und Sträucher stehen dicht, das Licht ist dämmrig. Wir müssen aufpassen, wo wir hintreten, denn auch die Wege sind teils feucht und matschig.

Durch den Romberger Wald fließt der Beverbach. Ein merkwürdiges Gewässer. Einmal, weil es aufgrund bergbaubedingter Absenkungen mitten im Fluss die Fließrichtung ändert und also auch nur teilweise in die Lippe mündet. Zum anderen, weil eben auch die Waldnatur hochgradig kultiviert ist. Links unseres Weges sind feuchte Flecke zu sehen, die auf das alte Bachbett verweisen. Rechts hingegen verläuft der kanalisierte Beverbach. An eine Renaturierung des bergbaugeschädigten und ins Kanalbett gezwungenen Flusses wäre zu denken.



Doch zunächst muss an den Investor gedacht werden. Dieser ist schon länger auf der Suche. Er hatte zunächst bei der Stadt Hagen angefragt, ob ihr ein Dino-Park im Stadtgebiet genehm sei. Das ist nicht der Fall gewesen. Hingegen ist man hier nicht abgeneigt. Bergkamen zählt zu den nordrhein-westfälischen Gemeinden mit dem niedrigsten Primäreinkommen pro Kopf (http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2007/band_43/scharmer_43.pdf). Doch die Bürgerinnen und Bürger schätzen ihren Wald. Sie verbringen ihre Freizeit gerne dort und brauchen dazu eher keinen Freizeitpark. Zumindest fand sich an jenem Sonntag niemand, der oder die dem Vorhaben positiv oder wenigstens neutral gegenüber gestanden hat. Die Kreisgruppe Unna des BUND hatte einen Aktionsstand am Romberger Waldrand aufgestellt und über die vorgesehene Planung informiert (<http://www.bund-unna.de/bergkamen/bund-vor-ort-bei-den-dinos>).

Die Geschichte und der Streit sind komplex und kompliziert. Beispielweise hat das LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) die Bedeutung des Waldes für die Artenvielfalt in Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplans betont. Der Wald sei als Pufferzone (Lärm) und mit Blick auf das Klima (Wasserhaushalt und Hitze) wichtig, heißt es in einem Gutachten im Kontext zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Bergkamen. Doch die Stadt Bergkamen möchte diesen Dino-Park.

Der BUND stellt daraufhin beim Kreis Unna den Antrag, das gesamte Gebiet unter Naturschutz zu stellen. Der Antrag war seitens der Verwaltung bereits mit der Empfehlung versehen worden, das Ansinnen abzulehnen. Allein, der Antrag kam nicht ganz vollständig beim Kreis an – wichtige Informationen und Unterlagen waren unterwegs abhanden gekommen. Daher ist die Geschichte zunächst aufgrund fehlender Informationen vom Kreisausschuss zurückgestellt und auf September vertagt worden. Zu diesem Zeitpunkt müssten auch die genauen Ergebnisse und die Kartierung des LANUV vorliegen.

Doch auch jenseits von Kartierung und jenseits des Antrags des BUND lässt sich aussagen, dass die Planung des Dino- oder des Evolutionsparks so einfach nicht vonstatten gehen kann, denn schon jetzt enthält der Romberger Wald geschützte Biotope. Silvia Lippert und ich kommen an einem vorbei, als wir am Beverbach nach links abbiegen und uns auf den Rückweg machen. Der Dino-Park müsste um das Biotop herum gebaut werden. Und für die meterhohen Dinosaurier mag im Naturzustand eine gewisse Verbundenheit mit dem Wasser gegolten haben. Diese Zeiten aber sind vorbei, und im Kunstzustand passt der Dinosaurier einfach nicht ins Biotop.



An der Lippe

Das Auto steht noch am abgestellten Platz. Es ist warm geworden, und wir lassen die Fenster ein bisschen auf. Wir fahren weiter zur Ökologiestation nach Bergkamen Heil und wenden uns endlich der Lippe und nicht nur deren Einzugsgebiet zu. Die Ökologiestation des Kreises Unna ist bemerkenswert gelegen. Wie angedeutet kann von Bushaltestelle gar keine Rede sein. Vielmehr fahren wir auf der Schnellstraße, sehen die Station rechterhand, biegen um zwei Ecken und finden dann einen neuen Abstellplatz für das Auto. Die Station ist auf einem alten Hof eingerichtet, ist für die Pflege der Naturschutzgebiete des im Kreis Unna zuständig und birgt vielerlei. Hier sind eine Schlachtereier („Fleischzerlege- und Verarbeitungsbetrieb“) und ein Musterstall für artgerechte Tierhaltung (Schweine) eines Bioland-Bauern untergebracht. Der Regionalverband Ruhr ist mit einer Grün Parkstation bzw. dem Forststützpunkt Ost vertreten. Der Kreisverband Unna des NABU ist ebenso eingezogen wie die Biologische Station des und die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna. Und das Umweltzentrum Westfalen hat sich hier angesiedelt. Es gibt ein Gästehaus und ein Haus für die Umweltpädagogik, ein kleines Bienenhaus und einen neu angelegten Bauerngarten. Nur ein Kaffee gibt es nicht.

Auf der anderen Seite der Schnellstraße liegt das Steinkohlekraftwerk Bergkamen Heil. Hier bilden also Industrie, Ökologiestation und teils als Naturschutzgebiet ausgewiesene Lippeauen einen seltsamen Dreiklang der Industrie-Natur-Kultur.



Die Lippeauen sind insgesamt als FFH-Gebiet (Flora Fauna Habitat) ausgewiesen. Wir gehen zunächst zum Aussichtsturm, der uns einen Einblick auf die Auenlandschaft verschafft. Hier sehen wir schützenswerte Natur, die von einem Graureiher bewohnt wird. Leider wird sie auch von einer Schildkröte bewohnt, die jemand dort ausgesetzt hat und die lustvoll im Auenwasser schwimmt. Das ist perspektivisch schlecht, denn sie frisst gerne alles, von Entenküken bis zu geschützten Amphibien. Zunächst aber leben Schildkröte und Graureiher in friedlicher Koexistenz.



Vom Aussichtsturm aus machen wir uns auf den Weg zur Lippe. Der Fluss selbst mäandert unkanalisiert in weiten Bögen durch die Landschaft. Er ist jedoch von Kanälen umstellt. Von Ost nach West zweigt in Datteln der Datteln-Hamm-Kanal vom Dortmund-Ems-Kanal ab. Von West nach Ost zweigt unmittelbar südlich von Wesel der Wesel-Datteln-Kanal aus dem Rhein ab. Die Kanäle verlaufen schnurgerade parallel zur Lippe und wurden während der Planungsphase auch Lippe-Kanal oder Lippe-Seitenkanal genannt. Die Kanäle dienen neben der Schifffahrt auch als so genannte Speisungskanäle. Die Beziehung ist wechselseitig. Ist genug Wasser vorhanden, so wird Lippewasser ins Kanal-

system gespeist, damit die Schiffe fahren können. Umgekehrt dient das Kanalsystem zur Wasseranreicherung der Lippe in Trockenzeiten.

Nicht nur die Schifffahrt, sondern auch die Kraftwerke haben ein gewisses Lippeinteresse. Für sie ist das Wasser Kühlwasser. Auch hier liegt eine Wechselbeziehung vor, denn für die Lippe ist das Kraftwerkswasser Warmwasser – und oft ist sie zwei Grad wärmer als für sie gut ist. Nicht nur die Schifffahrt und die Kraftwerke, sondern auch die Landwirte beziehungsweise der Auftragsanbau haben ein gewisses Lippeinteresse. Sie brauchen das Wasser für die Beregnung.

Doch all dies sieht man „unserer“ Lippe nicht an. Wir stellen uns ans Ufer und schauen den Libellen zu. Neben den ganz normalen Libellen sehen wir eine gebänderte Prachtlibelle. Wobei gesagt werden muss, dass ich sie nicht gesehen hätte, wenn Silvia Lippert sie mir nicht gezeigt hätte. Heidrun Heidecke hat diese Tiere einmal „fliegende Edelsteine“ genannt. Als die Libelle auffliegt – welche Pracht!

Was man „unserer“ Lippe ansieht, ist die dritte Kanueinstiegsstelle. Was in Ordnung wäre – doch die beiden anderen sind nicht rückgebaut worden.



Doch für heute haben wir vom investitionsvorhabensumtosten Bach Bever und vom nutzungsinteressenumstellten Fluss Lippe genug wahrgenommen. Wir laufen zurück zum Auto, genießen das Mineralwasser und beenden schließlich unseren Wahrnehmungsspaziergang bei wunderschönem Wetter, Kaffee und Kuchen in der Marina Rünthe am Datteln-Hamm-Kanal.

Übrigens – erzählt Silvia Lippert im Auto auf dem Rückweg zum Bahnhof – die beiden Patriarchen der Bergkamener Stadtverwaltung sind nicht gewohnt, dass man ihnen widerspricht. Sie hatten wohl gedacht, es sei leicht, die blonde Frau auf ihre Seite zu ziehen. Als diese sich aber nicht ziehen lässt, als die Stadtväter sie ernst nehmen müssen, zeigen sie eher ihre gemeinen und ausfallenden Seiten. Bis hin zur Erteilung eines Redeverbots auf Informationsveranstaltungen zum Dino-Park. Andererseits – es ist gut, wenn auf der lokalen Ebene die Strukturen der Verwaltung und die Personen mit ihren Funktionen so überschaubar sind. Silvia Lippert kann unmittelbar sehen, was aus ihrem Engagement folgt und was sie zu bewirken vermag.

3.4 Resümee

Von Hochwasserkatastrophen und dem Hochwasserschutz ausgehend verweist die erste Erzählung von Thomas Kahlix darauf, wie wichtig in einer solchen Situation die Solidarität der Betroffenen und die kritische Zusammenarbeit mit der Stadt ist. D.h., die Beziehungen zwischen Bürger*innen und

Verwaltungen sind von enormer Bedeutung. Zugleich ist es um die Voraussetzungen für ein wirksames, kooperatives Katastrophenmanagement schlecht bestellt. Sei es aufgrund von „Organisations- und Behördeneifersüchteleien“ oder aufgrund von Verwaltungsstrukturen, die solcherart kooperatives Vorgehen verhindern. Auch erweist sich als problematisch, dass Kontinuität in der Zusammenarbeit derzeit nur mit einzelnen Personen, nicht aber mit dem Verwaltungsapparat an sich möglich ist.

Daraus folgt, dass von gelingenden Bündnissen zwischen Bürger*innen und Verwaltungen im Zweifels- bzw. Im Extremfalle einerseits nicht ausgegangen werden kann. Solcherart Bündnisse können aber andererseits im Krisenfall existenziell wichtig werden. Dieser Situation könnte sowohl mittels einer vertiefenden Analyse zu den Defiziten und ihren Ursachen wie auch mit „Lernräumen“, bis hin zum Realexperiment, begegnet werden.

Mit Blick auf das Starkregenereignis und auf die Erzählung von Jutta und Gernot Schelkmann zeigt sich, dass die Betroffenheit auch kleinräumig und je nach sozialer und räumlicher Topographie sehr unterschiedlich sein kann. Ebenso unterschiedlich ausgeprägt sind die Selbsthilfepotenziale einzelner Gruppierungen. In Dortmund Marten treffen sich topographische (Mulde, das Wasser bleibt länger stehen) mit sozialen (Einkommen) Nachteilen; in Dortmund Wellinghofen treffen sich genau umgekehrt topographische (Schräglage, das Wasser läuft schnell ab) und soziale (wohl situiert) Vorteile. Während in Marten Unterstützung dringend geboten war und auch von Bürger*innen eingefordert wurde, ist das Verständnis in Wellinghofen bis auf Ausnahmen (Tennisclub) eher an Selbsthilfe und Eigeninitiative orientiert.

Daraus folgt, dass für die unterschiedlichen Topographien unterschiedliche Strategien und Maßnahmen bedeutsam werden können. Zugleich gibt es Gemeinsamkeiten: Das Problem, dass keine Komplettvorsorge für den Fall des „Jahrhundertereignisses“ getroffen werden kann; das Problem der Nicht-Einflußnahmemöglichkeit beim Ausbau und der Wartung und Pflege der Kanalnetze; das Problem der Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins im Falle des häufigen Auftretens von „Jahrhundertereignissen“. Diese Probleme verweisen auf die Bedeutung vorsorgender, an Resilienz orientierter und kooperativ angelegter Strategien. Und es werden Zweifel angemeldet, ob dies mit der klassischen Parteipolitik, wie wir sie kennen, zu machen sei. Hier zeigen sich Ambivalenzen, z.B.: Jede und Jeder hilft sich selbst. Doch dies trägt nicht mehr, wenn der Extrem- zum Normalfall wird. Oder: Von Seiten der Politik wird keine Unterstützung erwartet. Aber es schwingt Kritik an der Parteienpolitik oder an Institutionen wie der Emschergenossenschaft etwa mit Blick auf das Kanalsystem mit. Und: Das an Selbsthilfe und Eigenvorsorge orientierte Ehepaar Schelkmann hat an beiden Zukunftswerkshops (s.o.) teilgenommen und hat Kontakte zur Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW. Auf den Zukunftswerkshops haben sie zum einen formuliert, dass ein nachhaltiges Leitbild zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel den Schutzaspekt enthalten muss. Und mit Blick auf Zukunftsszenarien haben sie angemerkt, dass im Extremfall nicht nur die (speziellen) Einzelnen und die (allgemeine) Politik und Verwaltung wichtig sind, sondern auch die Zwischenebene einer sozialen Gemeinschaft, beispielsweise in einem Siedlungsgebiet. Dies bedeutet auch, dass die Geschichte nicht immer eindeutig erzählt werden kann, sondern mehrere Bedeutungsebenen umfasst, etwa individuelle Vorsorge, gemeinschaftliches Handeln und politisch-institutionelle Vorsorgestrategien.

Im Lippegebiet angekommen zeigen sich Ziel- und Interessenkonflikte. Ziel einer finanzschwachen Gemeinde mag sein, Investoren anzuziehen. Ziel eines umweltengagierten Naturschutzverbandes mag sein, natürliche oder naturnahe Flächen so gut und so weit wie möglich zu erhalten und zu gestalten. Und am naturräumlich weitgehend erhaltenen Lippefluss haben Schifffahrt, Kraftwerke, Landwirtschaft, Naturschutz und Freizeitaktive (Kanu) ihre Interessen.

Derzeit gibt es kaum Räume, in denen diese verschiedenen Interessen mit Blick auf dynamische Anpassung an den Klimawandel und seine Folgen ausgehandelt werden können. Für diese Aushandlungsprozesse ist eine „einfache“ Konsensorientierung vermutlich unzureichend. Vielmehr müssen die Konflikte mit auf den Verhandlungstisch. D.h., die genannten Lernräume wären auch mit Blick auf das Erlernen einer Streitkultur wichtig.

4 Schluss: Ansatzpunkte einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels

Diese schlussfolgernden und ausblickenden Überlegungen zu Ansatzpunkten einer demokratischen Kultur des Klimawandels sind nicht so gemeint, dass nun die Vielfalt der theoretischen Überlegungen in Kapitel 2 und der Erzählungen aus der Praxis in Kapitel 3 in ein einheitliches und widerspruchsfreies Korsett gezwängt werden sollen. Sie sind auch nicht im Sinne einer „Verfassung des Klimawandels“ gemeint, die weitere Debatten vorab mit einem normative Gerüst versehen soll. Beides wäre anmaßend und unangemessen.

Vielmehr sollen hier fünf das Papier durchziehende Themenbereiche abschließend erörtert werden: Partizipation; das Verhältnis von Bürger*innen und Verwaltung; Ausnahmezustand; „Demokratie des Lebendigen“ und lebendige Demokratie. Aus diesen Erörterungen werden die jeweiligen Ansatzpunkte einer demokratischen Kultur des Klimawandels abgeleitet.

Der Titel „Partizipieren reicht nicht“ soll zum einen darauf verweisen, dass Partizipation an sich keine Zauber- bzw. Lösungsformel darstellt. Insbesondere dann nicht, wenn das Vorhandene verändert und etwas Neues gefunden werden soll. Damit erweist sich auch der Begriff Partizipation für „Transformationsprozesse“ als unzureichend, denn es kann zu Beginn nicht klar sein, an was partizipiert werden soll. In der theoretischen Debatte wird kritisiert, dass sich Partizipation erstens fast weitgehend auf die konsultative Ebene erstreckt und zweitens instrumentell angelegt ist, das heißt, der vor- oder nachsorgenden Legitimationsbeschaffung dient. Schließlich wird mit Blick auf Governanceprozesse kritisch angemerkt, dass zum einen Stakeholderprozesse insbesondere mit Blick auf die Auswahl der Stakeholder intransparent seien und Bürgerinnen und Bürger zum anderen nur innerhalb der von Government gesetzten regulatorischen Rahmenbedingungen an Governance-Arrangements partizipieren könnten.

Aus dieser Kritik folgt nicht, dass **Partizipation** überflüssig oder falsch wäre, wie die erste Erzählung zeigt: Partizipation macht vieles einfacher. Es gibt jedoch Prozesse, die Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten erfordern, die in der aktuellen Partizipationspraxis kaum vorkommen und möglicherweise auch auf der theoretischen Ebene andere Begriffe nahelegen. So wollen Widerstands- und Protestbewegungen nicht in das Vorhandene einbezogen werden, sondern es verändern. Und Mitentscheiden wie Mitgestalten setzt andere Hierarchiekulturen voraus, als das Teilhabenlassen an Entscheidungen und Maßnahmen. Daher liegt der erste Ansatzpunkt einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels darin, dass andere Stimmen erhoben, gehört und beachtet werden können:

1. Partizipation geht über die Teilnahme am Vorhandenen hinaus. Politische Institutionen und Prozesse sind für Veränderungsimpulse offen.

Die Offenheit für Veränderungsimpulse setzt ein anderes **Verhältnis von Bürger*innen und Verwaltungen** voraus. Trotz des mit den Verwaltungsreformen einhergehenden Credo der Bürger*innennähe und -freundlichkeit klingt in der ersten und in der dritten Erzählung an, dass Verwaltungen nach wie vor etwas Hermetisches haben. Kontinuität in der Zusammenarbeit lässt sich beim Hochwasserschutz über einzelne Personen herstellen, aber die Struktur an sich sperrt sich dagegen. Das Einbringen anders gearteter Vorstellungen zur Zukunft eines Waldes wird als störend und lästig empfunden. Und für die Frage des Umgangs mit Niederschlagsextremen, so wird in der zweiten Erzählung angedeutet, ist die parteipolitische Ebene nicht unbedingt weiterführend. Nun können aus vereinzelt Erzählungen sicher keine verallgemeinernden Ansatzpunkte abgeleitet werden. Doch wird hier ein geringes Ver- und Zutrauen in die formalen Ebenen von Politik und Verwaltung formuliert, das sich auch in repräsentativen Bevölkerungsbefragungen findet. Dies ist mit Blick auf den Klimawandel und seine Folgen insofern nahezu tragisch, als dass in extremen Situationen die gute und kritische Zusammenarbeit besonders gebraucht wird. Daher liegt der zweite Ansatzpunkt einer de-

mokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels darin, Bürger*innen und Verwaltungen zu vorsorgendem und krisenkompetentem gemeinschaftlichem Handeln zu befähigen:

2. Bürgerinnen und Bürger haben soziale und politische Fähigkeiten, die ein Recht auf Entfaltung haben und politisch ermöglicht werden.

Derzeitige Regierungspraxis im Hinblick auf den **Ausnahmestand**, auf Not- und auf Krisenfälle ist aber gerade umgekehrt, bürgerliche Freiheiten einzuschränken und Grundrechte außer Kraft zu setzen. Giorgio Agamben analysiert, wie in den modernen Nationalstaaten der Ausnahmestand zur Normalität des Regierungshandelns wird. Armin Nassehi beschreibt den „Ausnahmestand als Normalfall“ und kritisiert die Moderne dahingehend, dass es ihr nicht gelang, den Ausnahmestand auszuhalten, sondern dass ihr Reflex ist, ihn regieren zu wollen (Nassehi 2012, S. 42). Aktuell wird dem Ausnahmestand oder der drohenden Störung des Normalfalls immer wieder sicherheitspolitisch und mit immer ausgeklügelteren Sicherheitsarchitekturen begegnet, was stets mit Kontrolle, erkennungsdienstlichen Behandlungen und der Einschränkung oder Missachtung von Grundrechten einhergeht. Damit aber wird politisch außer Kraft gesetzt, was im Extremfall gebraucht wird: Das politische Zusammenhandeln. Dies wird auch in der ersten Erzählung thematisiert: Gerade in Krisensituationen ist ein Zusammenhandeln von Bürgerinnen und Bürgern (seien sie in einer akuten Situation Betroffene und/oder in Bürger*innen-Initiativen organisiert) mit Verwaltung und Politik von immens hoher Bedeutung und bestimmt den Ausgang der Geschichte wesentlich mit. Auch in der zweiten Erzählung klingt an, dass bei einer Häufung von Extremereignissen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr auf sich allein gestellt vorsorgend handeln können. Daher liegt der dritte Ansatzpunkt einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels darin, Extremsituation gerade umgekehrt als Herausforderung für und nicht Ende von Demokratie zu begreifen und zu behandeln:

3. Die sozialen und politischen Fähigkeiten bewähren sich insbesondere in Krisensituationen, so dass die Herausforderung mit Blick auf Ausnahmestände darin liegt, mit und für – und nicht ohne und gegen Bürgerinnen und Bürger zu regieren.

Die „**Demokratie des Lebendigen**“ wurde zuerst von der Ökofeministin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Vandana Shiva formuliert (Shiva 1989). Andere Ansätze werden von Michel Serres mit Blick auf einen „Naturvertrag“ (Serres 1990/1994) und von Bruno Latour mit Bezug auf ein „Parlament der Dinge“ (Latour 1991/2002) vertreten. Diese Ansätze stehen im Kontext der Debatten zur ökologischen Krise, die u.a. als Versagen der Moderne angesehen wird und deren Lösung einer anderen demokratischen Kultur bedarf. Dieser Aspekt klingt in der ersten Erzählung dort an, wo das „Wasser“ be-dacht wird. Auch anlässlich der Verabschiedung und Unterzeichnung der Rheincharta wurde von Reimar Molitor betont, der Rhein sei nicht nur als Objekt, sondern auch als Subjekt anzusehen, was ein völlig anderes und neues Denken erfordere. In dieser Perspektive ist der Klimawandel eine Folge technischer Naturbeherrschung, der nicht einfach mit weiterer, und derselben Logik folgender Naturbeherrschung begegnet werden kann. Daraus folgt als vierter Ansatzpunkt einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels:

4. Der Umgang mit dem Klimawandel weist über das Paradigma technischer Naturbeherrschung hinaus. Insbesondere für klimawandelrobuste ökologische und sozial-räumliche Strukturen bedarf es der natürlichen (re)produktiven und (re)generativen Potenziale.

Die **lebendige Demokratie** betreffend finden sich wertvolle Anregungen in den Texten des Human-geographen Erik Swyngedouw, der den Klimawandel mit der Debatte zur Post-Demokratie verknüpft (Swyngedouw 2010). Seiner Ansicht nach findet eine Entpolitisierung und Demokratieentleerung insbesondere deshalb statt, weil der Disput, der Dissens und der Streit aus dem öffentlichen Raum entfernt und durch eine unpolitischen Konsensformation, durch technokratisches Management und durch problembezogene Governance ersetzt worden sind. Dies werde mit ermöglicht und verstärkt durch die apokalyptischen Visionen im Kontext von Umweltzerstörung und Klimawandel. Es sei jedoch sowohl klima- und umweltpolitisch etwas ganz anderes erforderlich:

“Socio-environmental conflict, therefore, should not be subsumed under the homogenizing mantle of a populist environmentalist-sustainability discourse, but should be legitimized as constitutive of a democratic order. This, of course, turns the climate question into a question of democracy and its meaning. It asserts the horizon of a recuperated democracy as the terrain (space) for expressing conflict, for nurturing agonistic debate and disagreement, and, most importantly, for the naming of different possible socio-environmental futures.”

Daher folgt als fünfter Ansatzpunkt einer demokratischen Kultur im Kontext des Klimawandels:

5. Demokratie bedeutet und braucht Streit und Vielfalt. Es geht also um eine Revitalisierung der politischen Streitkultur, auch und gerade mit Blick auf den Klimawandel.

LITERATURVERZEICHNIS

Sekundärliteratur

- Abromeit, Heidrun 2004: Die Messbarkeit von Demokratie: Zur Relevanz des Kontexts, in: Politische Vierteljahresschrift, 45 (2004) 1, S. 73 – 93
- Abromeit, Heidrun 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie. Opladen: Leske + Budrich
- Agamben, Giorgio 2004: Ausnahmezustand. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Balistier, Thomas 1996: Straßenprotest: Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bergstedt, Jörg 1998: Agenda, Expo, Sponsoring. Frankfurt: iko-Verlag für Interkulturelle Kommunikation
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg. O.J.): Umweltpolitik: Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Bonn.
- Finger, Matthias; S Bürgin; U. Haldimann 1996: Ansätze zur Förderung organisationaler Lernprozesse im Umweltbereich. Basel: Birkhäuser
- Flick, Uwe 2006: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 4. Aufl. Reinbek: Rowohlt
- Fürst, Dietrich (2007): Regional Governance. In: Benz, Arthur / Lutz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungen. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 354-365.
- Gabriel, Oscar W. 1997: Bürger und Politik in Deutschland. Politische Einstellungen und politisches Verhalten. In: Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann: Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg
- Gensicke, Thomas 2001: Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern. Ergebnisse eines Freiwilligensurveys. In: Politik und Zeitgeschichte B 25-26, S.- 24-32
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Lamnek, Siegfried 2010: Qualitative Sozialforschung, 5. Auflage. Weinheim: Beltz
- Lamnek, Siegfried 1995: Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken. Weinheim: Beltz
- Latour, Bruno, 1991/2001: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Frankfurt am Main: Fischer
- Magnette, Paul 2003: European Governance and Civic Participation: Beyond Elitist Citizenship? In: Political Studies 51 (1): S. 144-160
- Merton, Robert; Barber Elinor 2003: The Travels and Adventures of Serendipity: A Study in Sociological Semantics and the Sociology of Science. Princeton University Press
- Munsch, Chantal 2003: Ist Engagement im Stadtteil nur für „gute Bürger“? In: Gerd Michelsen: Nachhaltige Stadtentwicklung. Eine Herausforderung für die Umweltkommunikation und Soziale Arbeit. Frankfurt am Main: VAS, S. 266-276
- Nassehi, Armin 2012: Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise. In: Krisen lieben. Kursbuch 170, Hamburg: Murmann, S. 34-49

- Offe, Klaus 1972: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. In: Gisela Kress und Dieter Senghaas (Hg.): Politikwissenschaft. Frankfurt am Main; Fischer, S. 135-152
- Olson, Mancur 1965: *The Logic of Collective Action*. Cambridge: Harvard University Press
- Peters, B. Guy and Jon Pierre 2004: *Multi-Level Governance and Democracy: A Faustian Bargain?* In: Ian Bache and Matthew Flinders: *Multi-Level Governance*. New York, Oxford: University Press, p. 75-89
- Rancière, Jacques 2009: Demokratie und Postdemokratie. In: Alain Badiou et al. (Hg.): *Politik der Wahrheit*. 2009 S. 94–122. Wien: Turia & Kant
- Roth, Roland 2005: Transnationale Demokratie. Beiträge, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs. In: Achim Brunnengräber, Ansgar Klein und Heike Walk (Hg.): *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen*. Wiesbaden: VS
- Roth, Roland 2002: Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Thomas Meier und Reinhard Weil: *Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation*. Bonn: J.H.W. Dietz, S. 163-184
- Sauer, Birgit 1994: Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Birgit Sauer, *Demokratie und Androkratie*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 99-130
- Serres, Michel 1990/1994: *Der Naturvertrag*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Shiva, Vandana, 1989: *Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und Dritte Welt*. Berlin: Rotbuch
- Swyngedouw, Erik 2010: *Apocalypse forever? : Post-political Populism and the Spectre of Climate Change*. pdf, downloaded from tcs.sagepub.com at Univ Dortmund on March 7, 2011
- Walk, Heike 2008: *Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden: VS
- Wälti, Sonja; Kübler, Daniel; Papadopoulos, Yannis 2004: How Democratic Is „Governance?“ Lessons from Swiss Drug Policy. In: *Governance: An International Journal of Policy, Administration and Institutions*. 17 (1): p. 83-113

Internetquellen

- Frank, Susanne; Cormont, Pascal 2011: Governance in der Klimaanpassung – Strukturen, Prozesse, Interaktionen. In: Pascal Cormont, Susanne Frank (HG.) 2011: *GOVERNANCE IN DER KLIMAANPASSUNG – STRUKTUREN, PROZESSE, INTERAKTIONEN*. Dokumentation der Tagung der KLIMZUG-Verbünde an der TU Dortmund am 03.12.2010, S. 3-7. Dynaklim-Publikationen No. 20 Dez. 2011
- Liesenfeld, Joachim 2011: Klimaanpassung als Gestaltungsprozess in verschiedenen Governanceregimen. In: Pascal Cormont, Susanne Frank (HG.) 2011: *GOVERNANCE IN DER KLIMAANPASSUNG – STRUKTUREN, PROZESSE, INTERAKTIONEN*. Dokumentation der Tagung der KLIMZUG-Verbünde an der TU Dortmund am 03.12.2010, S. 35-47. Dynaklim-Publikationen No. 20 Dez. 2011
- Rauscher, Nicole; Birke, Martin; Schwarz, Michael 2011: *Netzwerkbasiertes Roadmapping als Innovation des Regional Governance*. In: Pascal Cormont, Susanne Frank (HG.) 2011: *GOVERNANCE IN DER KLIMAANPASSUNG – STRUKTUREN, PROZESSE, INTERAKTIONEN*. Dokumentation der Tagung der KLIMZUG-Verbünde an der TU Dortmund am 03.12.2010, S. 94-104. Dynaklim-Publikationen No. 20 Dez. 2011

Vorlesung 4: Die Feldforschung. http://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/anthro/lehre_ws_2011_12/einfuehrung/vl4_feldforschung.pdf Letzter Zugriff am 31.7.2012

Winterfeld, Uta von; Schüle, Ralf 2010: Anpassung an den Klimawandel – Risiken, Unsicherheiten und Demokratie. *dynaklim*-Publikationen No. 01, Sept. 2010, pdf

Ansprechpartner

Jens Hasse
hasse@fiw.rwth-aachen.de

Birgit Wienert
wienert@fiw.rwth-aachen.de

Projektbüro *dynaklim*

Mozartstraße 4
45128 Essen

Tel.: +49 (0)201 104-33 38

www.dynaklim.de